Marxistisch-Leninistischer Studienkreis

MLSK

INHALT

TOD dem westdeutschen Revanchismus Militarismus

... seine Pläne in Europa

... seine Zusammenarbeit mit dem amerik. Imperialismus

... die Propaganda der sowjet. Sozialimperialisten

Wir erbitten die Adressen
von Interessenten der
"ROTEN FAHNE"

Ausgewählte Sendungen von RADIO TIRANA

5 Mai 1972 - Mai 1974 Preis S 4,-

INHALTSANGABE:

DIE VÖLKER WERDEN NICHT GESTATTEN, DASS DAS GEGEN DEN IMPERIALISMUS VERGOSSENE BLUT MIT FÜSSEN GETRETEN WIRD. 2.5.72

Am 30. April sind es 27 Jahre her, daß auf dem Reichstag die rote Fahne mit Hammer und Sichel und Stern - von Kugeln durchbohrt, von Flammen versengt und mit dem Blute von Millionen Menschen getränkt - helleuchtend und stolz flatterte. Damit wurde die Zerschlagung der Naziherrschaft verkündet, die über 80% der Weltbevölkerung in die Flammen des Krieges geworfen hatte.

Die Schrecken und die Massaker des Nazismus waren unzählig und bestialisch. Die Völker aber erhoben sich und nahmen sich die Sowjetunion mit der Partei der Bolschewiki und STALIN an der Spitze zum Vorbild - ein Vorbild, das der ganzen Welt die große Kraft des Sowjetlandes, dessen Überlegenheit gegenüber den bis an die Zähne bewaffneten Hitlerischen Kräften zeigte. Die Sowjetunion bewies, was ein Land alles zu leisten vermag, das von einer Partei geführt wird, die die marxistisch-leninistischen Lehren zum Kompaß hat und diese konsequent und stetig anwendet. Sie zeigte, daß sie mit den aggressiven Kräften der Feinde der Völker nur durch den Gewehrlauf sprechen kann.

Die Jahre vergingen, und die Macht in der Sowjetunion wurde von der verräterischen Chruschtschow-Clique usurpiert. In ihren Händen wurde das Land der Sowjets - das Vorbild der Gerechtigkeit, des sozialistischen Aufbaus, die Quelle des Verständnisses, der tiefen Liebe und Dankbarkeit für die Völker Europas und der ganzen Welt - auf den Weg der Entartung und der Zerstörung der Diktatur des Proletariats zurückgeworfen. Indem die Renegatenpartei der Sowjetunion den Marxismus-Leninismus verriet, verriet sie auch das Sowjetvolk, die Völker der ganzen Welt, die progressiven Menschen, die in der Partei LENINS und STALINS die Inspiratorin und Hauptstütze ihres Kampfes sahen, verriet sie die Millionen Opfer des Kampfes gegen den Faschismus. Die SU begab sich auf den Weg der Restauration des Kapitalismus und begann die Zusammenarbeit mit dem Welt-Kapitalismus, sie reichte ihm die Hand, um an seine Seite überzugehen, jeder Zeit bereit, von ihm Kredite zu empfangen wie der Hund den Knochen; die westlichen Monopole aber geben nichts, ohne zu nehmen.

So haben die Sowjetrevisionisten mehrere Schritte zur Annäherung an Bonn unternommen. Dieses sowjetisch-westdeutsche Idyll wird begleitet von einer großen Propaganda zur Rehabilitierung der BRD auf der internationalen Arena als politische Großmacht, um den deutschen Militaristischen, revanchistischen Imperialismus als realistisch hinzustellen, der angeblich in keinem Zusammenhang mit der düsteren Vergangenheit stehe.

Selbst die Bonner Revanchisten machen nicht so viel Reklame für sich wie der sowjetische Revisionismus für sie. In den Erklärungen und in der Presse Moskaus ist alles Vergangene ausgelöscht; man fordert dazu auf, die BRD zu rehabilitieren und sie nicht als eine besiegte politische Macht zu betrachten, die der Menschheit schwere Schäden zugefügt hat und die eine Verantwortung für die Vergangenheit und für die Gegenwart tragen muß - eine Gegenwart, die keinen großen Unterschied gegenüber ihrer Vergangenheit hat.

Das Fieber der Militarisierung, das die Regierung Brandt befallen hat, die Wiederbelebung der neonazistischen Organisationen erinnern einen an das Deutschland der dreißiger Jahre.

So, wie die Sowjetrevisionisten aber ihre Augen vor der Vergangenheitverschlossen, so verschließen sie sie auch vor der gegenwärtigen Situation.

Der berüchtigte Moskau-Bonn-Vertrag befestigt den größten Verrat, den die Sowjetrevisionisten gegenüber den Völkern begingen, dieihr Blut im Kampf gegen den deutschen Nazismus vergossen haben, indem sie auch die Gräber von Millionen Soldaten - von den blutrünstigen Hitler-Faschisten massakriert und ermordet - dem deutschen Militarismus und Revanchismus in die Hände drückten. Jetzt bemühen sie sich außerdem, pazifistische Illusionen zu verbreiten, indem sie die Bonner Militaristen und Revanchisten als " Bürgen des Friedens " auf dem Kontinent hinstellen und ihnen damit das ruhige und günstige Klima verschaffen, auf dem selben Weg wie in der Vergan-genheit vorgehen zu können.

> " Indem die Sowjetunion den Moskau-Bonn-Vertrag unterzeichnete, kapitulierte sie vor den imperialistischen Mächten, vor dem westdeutschen Revanchismus und verletzte die legitimen Rechte aller Völker, die ihr Blut vergossen haben ", erklärte Genosse ENVER HOXHA in Bezug auf diesen Vertrag.

Der Verrat der Kreml-Spitzen wird mit jedem Tag mehr vertieft. In der letzten Zeit stellten sie auch die DDR auf die Waage der Packeleien mit Bonn. Das Berlin-Abkommen zeigt erneut ihre wirklichen Ziele auf. Durch die sozialimperialistischen Machthaber hat die Sowjetunion die Lebensinteressen der Völker auf den Markt geworfen. Um sich einen solchen Partner wie die BRD zu sichern, ist sie bereit, noch weiter zu gehen - bis zu den schäbigsten Konzessionen. Und gerade um diese Annäherung zu rechtfertigen, schreien sich die Moskauer Machthaber heiser, daß der Wolf angeblich seine Manieren geändert habe.

Aber allen ist es bekannt, daß der Appetit der BRD nicht geringer ist als der Appetit Hitler-Deutschlands. Die BRD erhöht sogar jetzt - mit Unterstützung der SU, die sonst als Feind hingestellt wird - noch mehr ihre alten Anmaßungen in Europa. Der deutsche Imperialismus hat niemals auf seine alten Ziele überall auf dem Kontinent verzichtet.
Die Monopole und Banken, die gestern noch Hitler finanzierten, haben heute erneut die faktische Macht in der BRD in ihren Händen und finanzieren die fieberhafte Militarisierung des Landes für dieselben Ziele.
Diesen Monopolen haben jetzt die Sowjetrevisionisten Tür und Tor geöffnet. Es sind dieselben Banken, die jetzt ihre Millionen in jedes Land streuen, die ihre Gewinne durch die Zinsen der an die SU gewährten Kredite erhöhen.
Und es versteht sich von selbst, wem das alles dient. Heute gibt die BRD an die 3 Mill. DM pro Stunde für Kriegsvorbereitungen aus. Aber in dieser Richtung werden ständig neue Rekorde geschlagen.

Die Völker werden jedoch niemals gestatten, daß die Zeit des deutschen Faschismus wieder heranbricht. Diese Mai-Tage erinnern die Völker Europas und die ganze Menschheit an die feurigen Tage des Kampfes, an die heroischen Jahre, als sich

die Völker wie ein Mann erhoben - trotz tausend Wunden und großem Leid; mit Vertrauen auf die eigenen Kräfte. Sie erinnern sich an die unbesiegte Rote Armee und an den großen STALIN.

Die Völker gedenken der Opfer des Imperialismus, die die rote Fahne auf dem rauchbedeckten Reichstag nicht mehr erblicken konnten, aber deren Stimmen noch immer rufen, daß wir wachsam sein sollen, nicht nur gegenüber den aggressiven Plänen und Handlungen des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, sondern auch gegenüber dem westdeutschen Imperialismus. Die Wunden, die der deutsche Imperialismus geschlagen hat, sind noch nicht geheilt, das vergossene Blut ist noch nicht getrocknet.

> "Jene, die im Kampf gegen den Nazismus ihr Blut vergossen haben, werden niemals zulassen, daß man dem deutschen Militarismus und Revanchismus freie Hand läßt und so Voraussetzungen schafft, Europa und die Welt in ein neues Blutbad zu stürzen," erklärte Genosse ENVER HOXHA auf dem 6.Kongress der PAA.

<u>Bisherige erschienene Broschüren der Sendungen von RADIO TIRANA :</u>

1. Kommentare/Nachrichten September-Oktober 1973 (I.)
2. Die Lehren aus den Ereignissen in Chile
3. Der Marxismus-Leninismus,eine immer junge wissenschaftliche Lehre,September-Oktober 1973 (I.)
4. Zur Lage im Nahen Osten,Oktober-November 1973 (I,)
5. Kommentare/Nachrichten,Oktober-November 1973 (II.)
6. Zum 8o. Geb. von Mao Tsetung,zum 94 Geb. von Stalin
7. Zyklus über den Aufbau der marxistisch-leninist. Partei
8. Zur Lage im Nahen Osten,November 1973-januar1974 (II.)
9. Zur sowjetisch-amerikanischen Allianz (I.)
10. Der Marxismus-Leninismus,eine immer... (II.)
11. Die marxistisch-leninistische Weltbewegung (I.)
12. Kommentare/Nachrichten,November73-Januar 74 (III.)
13. Zur sowjetisch-amerikanischen Allianz (II.)
14. Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt (II.)
15. Aus der Front der Befreiungskämpfer der Welt (I.)

28.2.74 Die Propaganda der Sowjetrevisionisten macht schon seit langem viel Gerede über Frieden und Sicherheit in Europa, seit langem räumt sie den Beziehungen zu Bonn einen wichtigen Platz ein, wobei sie die Betonung auf den sg. "Fortschritt" in der Politik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik in Richtung eines größeren "Realismus" legt. Auch Brandt gibt laufend Erklärungen über den Frieden ab und versucht anderen weiszumachen, daß es in der Deutschen Bundesrepublik keine Gefahr des MILITARISMUS mehr gebe usw., usf. Aber all die Erklärungen, sowohl der Sowjetrevisionisten als auch Brandts selber, sind nicht imstande, die Wahrheit zu verschleiern, daß außer den beiden SUPERMÄCHTEN, die die HAUPTGEFAHR für den Frieden und die Sicherheit in Europa darstellen, der WESTDEUTSCHE REVANCHISMUS, seine allumfassenden Vorbereitungen, um seine hegemonistischen Pläne und Ambitionen zu verwirklichen, eine REALE und ERNSTHAFTE GEFAHR für den Frieden und die Stabilität auf dem europäischen Kontinent darstellt.

WESTDEUTSCHLAND SCHREITET AUF DEM WEG DES MILITARISMUS UND DER REVANCHE

Die westdeutschen Imperialisten bereiten sich weiterhin auf neue Aggressionen vor und schmieden Pläne, ihre revanchistischen Ziele zu verwirklichen. Dies zeigt sich an dem immer stärker werdenden Kriegspotential Westdeutschlands, an dem zunehmenden Kriegsbudget, an der Erstarkung der Bundeswehr. Da diese ihre Rolle im aggressiven NATO-Kriegsblock immer mehr ausnützt, geht sie auch immer häufiger in andere Länder, Mitgliedsländer dieses Blocks, um dort militärische Übungen abzuhalten. So wurde offiziell bekanntgegeben, daß die westdeutschen Streitkräfte vom 21.April bis 19.Mai Manöver auf der Insel Kreta abhalten werden. Ebenso wird die Bundeswehr im März auf einem Truppenübungsplatz in Holland üben, im Mai dieses Jahres soll ein Manöver auf dänischem Gebiet abgehalten werden.

Diese Übungen und die ununterbrochene Organisierung von Militärmanövern durch die Bonner Revanchisten haben zum Ziel, im Land den MILITARISMUS und REVANCHISMUS zu beleben. Wenn die westdeutschen Regierungsvertreter zwischen den zwei Supermächten manövrieren, dann versuchen sie, jetzt an privilegierten Positionen zu gewinnen und die ERSTE GEIGE in EUROPA zu spielen.

Die Bonner Generäle und Politiker haben nicht nur einmal klargemacht, daß die REMILITARISIERUNG Westdeutschlands und die Gründung der Bundeswehr ihre Waffen sind, die die Rückkehr Deutschlands zu seinen historischen und nationalen Grenzen zum Endziel haben. Ihrer Meinung nach soll auch durch das Bestehen einer starken Armee der Deutschen Bundesrepublik in Westeuropa eine solide politische Stellung in Westeuropa gesichert werden. Eben daher wurde die Bundeswehr begründet, die in den herrschenden westdeutschen Kreisen als ein Instrument betrachtet wird, das die Ergebnisse des 2. Weltkriegs revidieren soll. Ferner als ein Hebel der Außenpolitik, der den westdeutschen Imperialisten ermöglichen soll, seine Ansprüche von der Position der Stärke aus zu diktieren, versucht er gerade diese noch mehr zu stärken.

Brandt hat nicht nur einmal erklärt, daß der NATO-Block die Grundlage der Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik bleibe und daß die westdeutsche Bundeswehr ihre kämpferischen Fähigkeiten erhalten und verstärken müsse. Daher geben die sozialdemokratischen Regenten Milliarden aus, um die Bundeswehr zu verstärken und weiter aufzurüsten. Bekanntlich stellten die Bonner Revanchisten für Militärzwecke im vergangenen Jahr über 26,6 Mrd. DM zur Verfügung.

Agenturmeldungen zufolge sollen diese in diesem Jahr um weitere 6,4% erhöht werden,und die Summe von 27,5 Mrd.DM erreichen. Von dem gegenwärtigen Tempo der Militärausgaben Westdeutschlands ausgehend, stellten Militärexperten die Prognose auf, daß dieser imperialistische Staat im Jahr 1981 über ein Kriegsbudget von 44,3 Mrd. DM verfügen wird.

Heute ist der MILITARISMUS in der Deutschen Bundesrepublik STÄRKER DENN JE. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie stellte große Geldsummen bereit, um die Streitkräfte zu modernisieren, die 481000 Soldaten, 1944 Kampf-, Transport- und Verkehrsflugzeuge, 125 Hubschrauber, 175 Kriegsschiffe usw. Die Bonner Militaristen verstärken nicht nur die Anzahl ihrer Streitkräfte, sondern versuchen gleichzeitig auf die eine oder andere Weise für die Bundeswehr ATOMWAFFEN zu sichern, um auf irgendeine Weise den Status einer Atommacht zu erwerben. In dieser Hinsicht geben die Bonner Regierungsleute der Entwicklung der Industrie und Nuklearforschung für Kriegszwecke große Hilfe. Die Deutsche Bundesrepublik besitzt heute eine so starke technisch-wissenschaftliche und industrielle Basis, daß sie mit eigenen Mitteln Atomwaffen entwickeln kann. Um ihre Ambitionen zu verwirklichen, hat die westdeutsche Bourgeoisie eine riesige Rüstungsindustrie geschaffen. Die Rüstungsaufträge in den Fabriken und Betrieben für verschiedene Waffenherstellung belaufen sich jährlich auf 17 Mrd. DM. In diesem Jahr sollen die Rüstungsaufträge rund 30 Mrd. DM betragen.

Durch diese Politik Bonns kamen die alten Monopole wieder auf die Beine, die schon früher mit hohem Profit solche Waffen produziert hatten, mit deren Hilfe HITLER seine verbrecherischen Abenteuer begangen hatte.

Gleichzeitig gibt es in Westdeutschland über 100 NEONAZISTISCHE und REVANCHISTISCHE ORGANISATIONEN. Diese extremistischen neonazistischen und revanchistischen Organisationen wie die Nationaldemokratische Organisation, Aktion Oder-Neiße, Aktion 2000 und andere sind sehr einflußreich im politischen Leben der Deutschen Bundesrepublik und haben ihre Leute in den höchsten Institutionen und Organen der Regierung und Gesellschaft. Das Innenministerium und das Ministerium für innerdeutsche Fragen finanzieren sogar mit hohen Summen die Tätigkeit der revanchistischen Organisationen im Land, wobei sie vorgeben, daß diese Ausgaben für kulturelle Aktivitäten dieser Organisationen bestimmt seien. In Wirklichkeit geschieht dies jedoch, um den REVANCHEGEIST, den Geist des CHAUVINISTISCHEN NATIONALISMUS wiederzubeleben.

All diese Tatsachen zeigen aber, daß die sozialdemokratischen Spitzen an der Macht Vertreter jener Monopolkreise sind, die schon einmal das deutsche Volk in tragische Abenteuer gestürzt haben und die ihm und den andern europäischen Völkern mit Millionen Opfern teuer zu stehen kamen. Bonns Erklärungen über Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern können niemanden betrügen, weil sich hinter dem Olivenzweig seine imperialistischen Ziele verbergen.
Gerade gegen die Atmosphäre und Wiederbelebung des militaristischrevanchistischen Geistes hat sich das westdeutsche Volk erhoben. Vor kurzem sandten die Einwohner Nordrhein-Westfalens an den Kriegsminister Westdeutschlands einen Brief, in dem sie gegen die Abhaltung gemeinsamer Manöver der westdeutschen, englischen und belgischen Streitkräfte im Gebiet von Bracke protestierten. Auch die Kämpfe von Nordhorn gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes zeigen, daß die Bevölkerung gegen den Militarismus ist. 100000 Einwohner Nürnbergs erreichten durch ihren Protest,

daß das amerikanische Militärkommando in der Deutschen Bundesrepublik vom Bau eines Truppenübungsplatzes in der Nähe dieser Stadt Abstand nehmen mußte. Diese Tatsachen zeigen, daß das westdeutsche Volk nicht bereit ist, zur Zeit des deutschen Nazismus zurückzukehren. Die Hitlerverbrechen haften noch frisch in ihrem Gedächtnis und im Gedächtnis der anderen europäischen Völker. Sie verfolgen daher wachsam die Ereignisse. Sie verurteilen und bekämpfen dabei sowohl die SOWJETISCH-AMERIKANISCHE VORHERRSCHAFTSPOLITIK in Europa als auch die GEFAHR des WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS.

NACHRICHTEN 28.2.74

Die Bonner Revanchisten geben kolossale Beträge aus für den Ankauf und die Weiterentwicklung moderner Waffen. Die Bundeswehr hat dem größten westdeutschen Konzern für Flugzeuge Messerschmitt-Bölkow-Blohm einen neuen Auftrag gegeben für die Ausrüstung mit ultramodernen Antiraketen, dessen Wert : [illegible] 110 Millionen Mark erreicht. Die Süddeutsche Zeitung schreibt dazu, ein Versuch mit diesem neuen Raketentyp sei in diesem Jahr bei dem Riesenmanöver in Norwegen vorgenommen worden. Zugleich wird berichtet, daß vom 5.bis zum 7.März in Westdeutschland große Militärmanöver stattfinden werden mit Beteiligung der Bundeswehr und der anderen Länder des aggressiven NATO-Blocks.

29.5.74

Aus einem Jahresbericht des westdeutschen Arbeitgeberverbands geht hervor, daß Trusts der Waffenherstellung einen großen Einfluß auf die Tätigkeit der wichtigen Organe des aggressiven NATO-Blocks ausüben, an denen sich eine große Anzahl von Direktoren und Experten beteiligt.

Die Anwesenheit der Trusts in diesen Organen hängt direkt mit den Interessen der westedeutschen Großindustriellen und der revanchistischen Kreise Bonns zusammen, mit denen sie sehr enge Verbindungen unterhalten.

Dem oben erwähnten Bericht zufolge arbeiten die westdeutschen Experten der Waffentrusts in den 7 Unterausschüssen, die sich mit den Systemen der elektronischen Waffen und den Projekten der Luftausrüstungen befassen, Außerdem üben sie ihren Einfluß auch auf die militärische Politik der DBR und der NATO aus durch die sogenannte Studiengruppe für Verteidigung, die auf Initiative der westdeutschen Großindustriellen gebildet worden ist.

Im Exekutivkommitee dieser Gruppe sitzen die größten Industriellen und hohe Beamte und Offiziere der Bundeswehr. Über 30 ehemalige Generäle und Admirale, die sich wichtige Posten in der Rüstungsindustrie gesichert haben, sorgen sich besonders um die Festigung der Beziehungen zwischen der Rüstungsindustrie und der westdeutschen Bundeswehr.

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS: EINE REALE BEDROHUNG IN EUROPA 12.4.1974

Der wiederbelebte deutsche Imperialismus verstärkt ständig seine ökonomische und politische Position, indem er anderen kapitalistischen Ländern erfolgreich Konkurrenz macht und mit ihnen rivalisiert:

- Seit Jahren steht die BRD nach den USA und Japan in der industriellen Gesamtproduktion an 3. Stelle.
- In bestimmten Industriezweigen - wie in der metallverarbeitenden Industrie - nimmt sie den 1. Platz ein, wobei sie sogar die USA und Japan hinter sich ließ.
- Was das Produktionstempo in Industriezweigen wie der chemischen Industrie betrifft, steht sie nach Japan auf dem 2. Platz.

Der westdeutsche Imperialismus tritt also in der internationalen Arena immer mehr als eine expansionistische Macht auf, die immer noch die alten Ambitionen zur Vorherrschaft auf dem Kontinent, um eine weltweite Rolle bzw. Weltmission hegt und nährt. Die Tatsachen beweisen dies sehr deutlich.

Um seine expansionistischen und hegemonistischen Ambitionen zu realisieren, stützte sich der deutsche Imperialismus traditionsgemäß auf den Militarismus und Revanchismus und päppelte beide hoch. Diese beiden Schachfiguren, Mittel zur Realisierung ihrer abenteuerlichen Außenpolitik, gehen stets mit der Faschisierung des Lebens im Inland einher, um Ruhe an der Heimatfront zu haben.

So ist es auch heute noch. Gegenwärtig beteiligen sich fast alle wichtigen westdeutschen Konsortien an der Kriegsproduktion. Seit 1963 liefern sie 70% aller Aufträge der Bundeswehr aus. Nach der westdeutschen Zeitung "Die Welt" wird die allgemeine Summe für Kriegsaufträge in den Jahren 1974-78 50 Milliarden DM erreichen.

Vom militärischen Standpunkt aus ist die BRD die zweitstärkste Militärmacht in der NATO und die erste in Westeuropa. Westdeutschen offiziellen Veröffentlichungen zufolge verbraucht der westdeutsche Imperialismus für Kriegszwecke täglich an die 76,5 Millionen DM, oder 3,2 Millionen DM pro Stunde! Die Kriegsvorbereitungen, die Verbindungen, die zwischen der militärischennund politischen europäischen Stärke hergestellt werden, die Rufe nach Veränderungen in der NATO, wobei der westdeutsche Beitrag in diesem aggressiven Block besonders betont wird - all das weist auf ein klares Ziel hin.

Ebenso wie der amerikanische Imperialismus schätzt der westdeutsche Imperialismus die NATO als ein Mittel zur Verwirklichung seiner Vorherrschaft auf dem Kontinent ein, zur Verwirklichung seiner unerfüllten Wunschträume. Vorläufig billigt man noch in Bonn die amerikanische Vorherrschaft, man dient ihr - jedoch nicht mit voller Hingabe. Diese Haltung ist natürlich konjunkturbedingt. Bonn braucht diese Haltung unter anderem, um die anderen westeuropäischen Länder zu überragen, die diegleichen Ambitionen hegen.

Da England und Frankreich auf dem Atomgebiet überlegen sind, rivalisiert Bonn mit ihnen, um diese Überlegenheit wirkungslos zu machen. Inzwischen setzt der westdeutsche Imperialismus unter der Hülle "friedlicher Ziele" die nuklearen Versuche fort. Dazu verwendet er sowjetisches Uran. Man darf nicht vergessen, daß die Bundeswehr für einen totalen Atomkrieg ausgebildet ist. Sie hat heute einen Bestand von 500.000 Mann; in Bonn mangelt es aber nicht an Erklärungen, man könne alles, "was gehen uns Stehen kann", mobilisieren.

In der westdeutschen Hauptstadt begleiten die Revancheglocken stets den Lärm des Säbelrasselns zu den Kriegsvorbereitungen. Außer dem Militarismus ist der Revanchismus einer der Grundsteine, auf den der deutsche Imperialismus seit seinem Bestehen seine Abenteuerpolitik gestützt hat. So ist es auch heute noch.

Die Sowjetrevisionisten bemühen sich, diese Tatsachen abzustreiten, sie zu ignorieren. Sie wollen "beweisen", daß die Verträge, die sie und die anderen revisionistischen Cliquen mit Bonn abgeschlossen haben, eine "neue Seite in der Geschichte der europäischen Völker und der Geschicke des Kontinents" aufgeschlagen hätten. "Die von Bundeskanzler Brandt geleitete Regierung", schreiben Novaja und Novaschtschaja Istoria, "hat auf einige von der Zeit überholte politische Doktrinen verzichtet, die die BRD zur Heimstätte des Revanchsimus und der Spannung in Europa machten."

Die verzerrten revisionistischen demagogisch-illusionären Manöver können die Wirklichkeit aber nicht verschleiern. Wenn die Sowjetrevisionisten unter anderem den deutschen Faschismus in Schutz nehmen, entlarven sie sich ein weiteres Mal selbst als die Verbündeten der finstersten Kräfte der europäischen und weltweiten Reaktion, als die Miturheber der Komplotte gegen die Völker.

Die Erklärungen des westdeutschen Imperialismus zeigen, daß seine politische Grundlinie mit oder ohne Verträge diegleiche bleibt. Die Verträge haben sogar dieser Linie gedient. Die sowjetischen Führer haben selbst bestätigt, daß die Veträge das politische Ansehen Bonns erhöhten, seine Stellung auf dieser Ebene festigten. Die sowjetische Zeitung "Isvestija" schrieb in einer ihrer letzten Ausgaben über die Bedeutung der Verträge, daß sie "Bonn halfen, eine elastischere und wirkungsvollere Außenpolitik durchzusetzen und daraus Westdeutschland doch letztlich nur selbst profitiere." Die Sowjetrevisionisten zeigten also für die Wünsche des westdeutschen Imperialismus Entgegenkommen, der eine "kontinentale Rolle", oder eine "Mission", oder eine "weltweite Verantwortung" übernehmen will. Dies führt zwingend zu einem günstigen Klima für die zunehmenden Ambitionen des westdeutschen Imperialismus.

Man muß hier auch hervorheben, daß die immer aktiver werdenden revanchistischen Manifestationen in Westdeutschland parallel zu den immer offener werdenden Ansprüchen des westdeutschen Imperialismus einhergehen, über eine herrschende Rolle auf dem Kontinent, ja sogar über eine "weltweite Verantwortung", wie sich Brandt, Scheel u.a. dazu geäußert haben.
Aus westdeutschen Quellen selbst ist ersichtlich, daß - wie in früheren Jahren - auch im laufenden Jahr die Bonner Regenten in ihrem Staatsbudget sehr hohe Summen für die Tätigkeit revanchistischer Organisationen vorgesehen haben. Während Brandts Regierungsperiode hat sich die revanchistische Propaganda in der BRD ständig verstärkt: Deutschlandkarten mit den Reichsgrenzen werden in den Buchhandlungen des Landes zum Kauf angeboten und in den Schulen verwendet. Es fehlt auch nicht an Ausstellungen mit der Kleidung und Andenken an die Nazihäupter und an nostalgischem Sinnen an die Zeit der Hitlermacht. Filme, "Dokumentarspiele" und insbesondere eine ganze Bücherschwemme über Hitlers Leben und Werk zeugen davon.

Die Tatsachen zeigen also, daß der westdeutsche Imperialismus einen Weg mit berechneten Zielen verfolgt, bei denen es sich darum handelt, den Revanchegeist im eigenen Land zu schüren und zu entfachen.
Sie weisen auch deutlich auf die aktive Rolle der deutschen Sozialdemokratie bei der Erstrebung und Erreichung dieser Ziele hin:

Die Tatsache ist sehr bemerkenswert, daß offiziellen Angaben zufolge in Westdeutschland im April 1971 66 ultrarechte, neonazistische und revanchistische Organisationen gab. 2 Monate später kamen noch weitere 42! hinzu, so daß es also 108 gab. Die offiziellen Angaben vom Juni des Vorjahres wiesen die Zahl von 129 solcher Organisationen aus!
Es ist eine Tatsache, daß solche Organisationen wie die NPD, die Aktion Oder-Neiße, (...Störung bei der Aufzählung einer weiteren dieser Organisationen), Deutsche Volksunion, Aktion Widerstand, Sozialdeutsche Aktion, Europäische Befreiungsfront u.v.a.m. immer aktiver im Länd geworden sind.

Die Tatsachen beweisen also ganz klar, daß der westdeutsche Imperialismus, der mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus hochgepäppelt und mit Hilfe des sowjetischen Sozialimperialismus auf der internationalen Arena als politische Großmacht wieder hoffähig gemacht wurde, keinen Augenblick lang auf seine alten Ambitionen verzichtet hat, daß er sich auf der militärischen -, auf der politischen Ebene und in der öffentlichen Meinungsbildung sowohl im Inland als auch im Ausland vorbereitet.
Da keine konsequenten Lehren aus der Geschichte gezogen wurden, stellt er heute erneut eine reale Bedrohung auf den Kontinent dar.

IN DER BRD LEBEN DIE REVANCHISTEN-ORGANISATIONEN AUF.
14.5.1973

In verschiedenen Städten Westdeutschlands werden Revancherufe immer lauter. So konnte man in Essen auf einer Versammlung der schlesischen Revanchisten-Organisationen den Aufruf unter der Losung "Schlesien ist Deutschlands Osten" hören. Über tausend Mitglieder der Revanchisten-Organisation ,"Allgemeine Verwaltung ostdeutscher Gebiete", führten in letzter Zeit in Bonn Demonstrationen durch, auf denen die Wiederbelebung des Deutschen Reiches in den Grenzen des Jahres 1937 gefordert wurden.
Ähnliche Demonstrationen wurden bzw. sollen auch von anderen Organisationen in weiteren Städten abgehalten werden.
So können wir das Treffen der sogenannten Ostpreußen in Köln erwähnen, das der Sudetendeutschen in München ..usw.

Die Modernen Revisionisten, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, um den deutschen Imperialismus und seine Vertreter an der Macht zu beschönigen, mußten diese Realität in ihrer Presse halblaut zugeben. Sie schilderten sie aber in falschem Licht.
Die sowjetischen, polnischen, ostdeutschen und westdeutschen und andere Revisionisten behaupten, daß solche Manifestationen, den Verträgen, die Moskauer, Warschauer und ostdeutsche Behörden mit Westdeutschland abgeschlossen haben, zuwider laufen. Durch diese Schilderung wollen sie den falschen Eindruck erwecken, daß die Revanchistentätigkeit in der BRD mit der Politik der westdeutschen Regierung, die die oben erwähnten Verträge abschlossen und mit ihrer Politik der Freundschaft zum deutschen Imperialismus nichts gemein hätten. Sie wollen wie Pilatus ihre Hände und die ihrer Verbündeten in Warschau in Unschuld waschen.

Tatsachen lassen sich aber nicht vertuschen. Der Revanchismus ist ein Grundstein, auf dem der deutsche Imperialismus seit seinem Entstehen seine abenteuerliche Politik aufbaute. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Selbst Brandt erklärte, daß niemand, also auch er selbst nicht, mit der gegenwärtigen Aufteilung (.), bzw. mit den nach dem 2.Weltkrieg festgesetzten Grenzen zufrieden ist.

Gleich nach der Unterzeichnung des Vertrages Warschau-Bonn stand vor den Revanchisten-Organisationen wieder derselbe Brandt, der erklärt hatte, daß dieser Vertrag keine Rechtfertigung der Vertreibung sei und daß damit keine Ungerechtigkeiten legitimiert werden. Brandt forderte die Revanchisten--Vertreter auf, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.
Brandt ist der Vertreter der Interessen des deutschen Revanchismus. Seine Erklärungen beweisen, daß mit oder ohne Vertrag die politische Linie dieses Imperialismus unverändert bleibt. Die Verträge dienen sogar dieser Politik. Selbst die sowjetischen Führer gaben zu, daß die Verträge den politischen Kredit Bonns steigerten, seine Stellungen in diesem Sinne festigten. Dies (wird) unvermeidlich ein günstiges Klima für die zunehmenden Ambitionen des deutschen Imperialismus schaffen. Es sei betont, daß der aktive Charakter der Revanchisten-Manifestationen in der BRD parallel mit den offenem Anmaßungen des deutschen Imperialismus über eine vorherrschende Rolle in diesem Kontinent, ja sogar auch über eine "weltweite Verantwortung" zunimmt.

Die deutschen revisionistischen und sozialdemokratischen Führer reden sehr gerne von der "antinazistischen" Vergangenheit Brandts. Wir können aber nur darauf aufmerksam machen, daß Erklärungen über "antinazistische Vergangenheit" auch bei den deutschen Neonazis, den Erben des Handwerks und der Ambitionen Hitlers Mode geworden sind. Der ehemalige Führer der Neonazis, von Thadden, spricht gerne von seiner "antinazisxtischen Vergangenheit", sogar von seiner Schwester, die man in der Gestapo gefoltert hatte und seinem Bruder, der im KZ war. Er bemühtsich, damit die Tatsache zu vertuschen, daß die von ihm geschaffene Partei, die NPD, die Fortsetzung der nationalsozialistischen Hitler-Partei ist. Er will damit das revanchistische und chauvinistische Programm dieser Partei vertuschen.

Wenn die deutschen Sozialdemokraten und modernen Revisionisten über Brandts "antinazistische Vergangenheit" sprechen, wollen sie wieder einmal eine unsachliche Trennung machen zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart, zwischen den Positionen und Anmaßungen des Deutschen Reiches von damals und den Positionen und Anmaßungen, die man heute in Bonn hat. Sie bemühen sich, Militarismus und Revanchismus als etwas hinzustellen, das keiner Erwähnung wert ist. Dieser Trick ist jedoch fadenscheinig. Selbst westdeutsche Zeitungen machten bekannt, daß die Regierungsleute in Bonn unabhängig von den Ostverträgen und ohne von diesen behindert zu werden, wie etwa die modernen Revisionisten behaupten, in ihrem Staatshaushalt für das laufende Jahr über 20 Mio. DM für die Tätigkeit der revanchistischen Organisationen im Lande vorgesehen haben..

In Brandts Amtszeit wurde die revanchistische Propaganda in der BRD intensiviert. In Deutschland werden in den Buchgeschäften Landkarten Deutschlands mit den Grenzen der Reichszeit verkauft, (es gibt) Ausstellungen mit den Uniformen und Erinnerungen der Naziführer, sowie nostalgische Filme über die Hitlerzeit. Es handelt sich also hier um die Verfolgung bestimmter Ziele durch den deutschen Imperialismus. Und diese Ziele hängen mit dem Anfachen des Revanchegeistes im Lande zusammen. Sie sind ein klarer Beweis der aktiven Rolle der deutschen Sozialdemokratie bei der Realisierung dieser Ziele.

Die Wünsche der modernen Revisionisten, diese Realität zu beschönigen, um ihre Verantwortung vor den Völkern zu vertuschen, um ihre sozialimperialistische Verratspolitik, die Zusammenarbeit mit den deutschen revanchistischen Imperialismus zu verankern, werden die Weltöffentlichkeit jedoch nicht verblenden.

DIE VERSTÄRKUNG DES MILITÄRPOTENTIALS DER DEUTSCHEN BUNDESREPUBLIK, EINE BEDROHUNG FÜR DIE EUROPÄISCHEN VÖLKER
29.8.73

Im Einklang mit der Politik der Revanche und der Expansion unternehmen die offiziellen Kreise Westdeutschlands seit Jahren schon große Anstrengungen für die Verstärkung ihres Militärpotentials. Neben der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verstärkung stellte sich der deutsche imperialistisch-militärische Staat nicht nur in dem gleichen Verhältnis zu seinen Partnern Westeuropas, sondern er brachte auch eindeutig seine Tendenzen nach der Hauptrolle im Westen des europäischen Kontinents zum Ausdruck. Der deutsche militärische Imperialismus tritt abermals auf für eine neue Aufteilung Europas, für Einfluß- und (Be)herrschungssphären auf dem Kontinent. Selbst Kanzler Brandt hat unlängst erklärt, in Bonn betrachte man die Aufteilung Eurppas keinesfalls als unveränderlich. Zur Verwirklichung dieses Ziels verfolgt Bonn den Weg der Verstärkung der Beziehungen zu Washington, der Annäherung und der Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Sozialimperialismus unter der Parole der sogenannten "Ostpolitik", sowie den Weg der Militarisierung des Lebens des Landes, der Schaffung eines wichtigen militärischen Potentials, fähig, um die Ansprüche von Revanchisten im gegebenen Moment zu verwirklichen. Jetzt ist die Bundeswehr bis an die Zähne bewaffnet und mit Hilfe der wichtigsten Kader der Hitler-Armee errichtet.

Indem Bonn auch die im Pariser Abkommen des Jahres 1954 vorgesehenen Einstellungen verletzte, aufgrund deren es nicht mehr als eine Division zur Verfügung der operativen NATO-Einheiten stellen konnte, tat es dies (einhellig) mit Panzer-, Armeecorps und großen Flugzeuggeschwadern. Aus den 67 000 Soldaten, über die die Bundeswehr 1956 verfügte, wurden nach 8 Jahren über 400 000 und heute sind es 500 000, außer 540 000 Reservisten. Im Notfall besteht aber die Möglichkeit, 2 Millionen Soldaten zu mobilisieren.
Auf die pausenlosen Aufrufe der ehemaligen Nazigenerale im Dienste der Bundeswehr, zurück(zu)kehren zu den deutschen militärischen Traditionen, antworteten die militärischen Kreise Bonns eifrig, und sie konzentrierten die Aufmerksamkeit auf die Umorganisierung der Armee. Die Bundeswehr hängt jetzt, was ihre Ausrüstung anbelangt, nicht mehr von der Großzügigkeit der Alliierten ab. Für die Wiederaufrüstung der Armee arbeitete und arbeitet weiterhin ein sehr beträchtlicher Teil der Industrie des Landes. Die Werke KRUPPS, THYSSENS, DAIMLER-BENZ, SIEMENS arbeiten gemäß der alten Traditionen und erzeugen Kanonen und Panzer, die Flugwerke stellen Überschallgeschwindigkeits-Flugzeuge her unter Ausnutzung des Schaffensgeistes und der Kapitalien der Kriegsverbrecher. Der Meinungen der militärischen Spezialisten zufolge sind die westdeutschen Divisionen heute den Kontingenten der anderen NATO-Länder weitaus überlegen, was ihr militärisches und technische s Niveau und die Ausrüstungen mit den modernsten Waffen anbelangt.

Die deutsche Bundesrepublik hat sich eine mächtige Luftstreitmacht gebaut, für die man etwa 80 Milliarden DM ausgegeben hat. Unter anderem verfügt sie auch über 1500 Flugzeuge mit weitem Wirkungskreis sowie über 2000 weitere mit kurzem Wirkungskreis.

Die gesamte Rüstungsindustrie Westdeutschlands arbeitet mit voller Auslastung. In einem Jahr werden über 600 Panzer(mittel) erzeugt, dutzende von Kriegsschiffen stechen ins Meer, u.a.m. Außerdem ist der deutsche Militarismus auch ein großer Waffenhändler geworden und nicht nur für die reaktionären Regimes in anderen Ländern, sondern auch selbst für die Mitgliedsstaaten des aggressiven NATO-Blocks, wobei er zusammen mit dem US-Imperialismus das Monopol der modernen Standardisierungen der Ausrüstungen (an sich) hatte.

Die Rüstungsausgaben der Deutschen Bundesrepublik erhöhten sich von Jahr zu Jahr und in diesem Jahr haben sie die Rekordziffer von 26 Milliarden und 600Millionen DM erreicht. Sie werden vorwiegend für die Unterhaltung der Landesgruppen, für die Beitrag im aggressiven NATO-Block, für die Unterhaltung der amerikanischen Soldaten auf den amerikanischen Stützpunkten in Westdeutschland und für neue militärische Forschungen erbracht.

Die Bonner Militaristen bereiten die Bundeswehr zu einer wirkungsvollen Waffe vor, für die Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne. Zusammen mit den Drohungen, die von den beiden Supermächten kommen, besteht in Europa auch die Gefahr des deutschen Revanchismus. Diese Gefahr kann vom imperialistisch-revisionistischen Lärm über die angebliche Entspannung in Europa nicht vertuscht werden. Wie der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus so muß auch der deutsche Militarismus als eine reale Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa und auf der ganzen Welt betrachtet werden. Deshalb fordern es die souveränen Interessen der Völker, daß diese entschlossen kämpfen sollen für die Zerschlagung der Komplotte dieser Feinde, um der Wiederholung der Vergangenheit des 2.Weltkrieges vorzubeugen.

DIE DEUTSCHE BUNDESREPUBLIK AUF DEM WEG DER WEITEREN MILITARISIERUNG (aus "Bashkimi, 30.3.)

Nachdem die Christdemokraten an der Regierung von den Sozialdemokraten abgelöst wurden, nahm die Militarisierung des Landes dennoch beispiellose Ausmaße an. Jedes Jahr verzeichnet das Militärbudget neue Rekorde.

Im laufenden Jahr umfassen die militärischen Ausgaben der Deutschen Bundesrepublik einen Betrag von 27,55 Milliarden DM. Wenn diese Ausgaben von 1972-1973 um 1,2 Milliarden DM angestiegen sind, so beträgt der Zuwachs von 1973-1974 bereits 1,35 Milliarden DM. Den Angaben der NATO und der westdeutschen bürgerlichen Presse selbst zufolge sind für die militärischen Ausgaben der Deutschen Bundesrepublik nicht 27,55 Milliarden DM vorgesehen sondern 38 Milliarden DM.

Die Zunahme der Ausgaben für Kriegsvorbereitungen ist selbst im Vergleich zum vorhergehenden Jahr ganz erheblich.
"Der deutsche Imperialismus hat die Verwirklichung seiner"
"expansionistischen und hegemonistischen Bestrebungen auf"
"dem Kontinent immer mit seinem militärischen Potential in"
"Verbindung gebracht. "
Das zahlenmäßige Anwachsen des militärischen Personalbestandes, die Veränderungen der Strukturen und die Zunahme der Kriegsausgaben gehen auch mit der ständigen Veränderung, Modernisierung und der Mengen der Kriegsprodukte, vor allem der Rüstungsproduktion einher..

Die Bundeswehr hat zum Beispiel dem großen westdeutschen Flugzeug und Raketenkonzern "MESSERSCHMIDT-BÖLKOW-BLOHM" einen neuen Auftrag zur Herstellung von ultramodernen "MILAN-ANTI-PANZER-RAKETEN" in einem Wert von 110 Millionen DM gegeben.

Bis Ende dieses Jahres wird die westdeutsche Rüstungsindustrie die Bundeswehr mit 1 9oo NATO-Panzern des neuesten Typs versorgen.

Im Jahr 1973 verbrauchte Bonn 675 Millionen DM allein zur Ausrüstung der Luftwaffe mit PHANTOM-Flugzeugen.In diesem Jahr sollen kolossale Mittel ausgegeben werden, um die Luftstreitkräfte der Bundeswehr zu modernisieren.Die Deutsche Bundesrepublik wird in diesem Jahr von den USA 175 moderne F4-PHANTOM-Flugzeuge abkaufen.

Es handelt sich also um zunehmende Kapazitäten moderner Waffen und Ausrüstungen, um die Zunahme auch der Ausgaben für militärische Anlagen, um eine Erhöhung des finanziellen Beitrags der NATO.Aus dem Bonner "WEIßBUCH" kann man ersehen, daß sich der westd utsche Militarismus auf eine GEPLANTE ESKALATION VORBEREITET, wozu er auch den Einsatz von Atomwaffen für einen totalen nuklearen Krieg einbezieht.

Der deutsche Imperialismus sieht in der tiefgreifenden Militarisierung des Lebens des Landes ein notwendiges Mittel, um seine alten Ambitionen, seine unverwirklichten Träume auf dem Kontinent zu verwirklichen.

Bei ihren ersten Schritten zur Wiedererstehung als militärische Macht hatte die Deutsche Bundesrepublik im allgemeinen die Unterstützung der anderen westlichen Mächte, vor allem der USA. In der gegenwärtigen Etappe wurden auch die sowjetischen Sozialimperialisten parallel zu dem amerikanischen Imperialismus zu ihren Verbündeten.

Der Militarismus des deutschen Imperialismus ist in den Ausmaßen, die er annimmt ein neues Verbrechen an der Menschheit, an den Völkern unseres Kontinents,den Opfern beider Weltkriege, die von diesem Imperialismus vom Zaune gebrochen wurden.

Die Tatsachen beweisen, daß der westdeutsche Militarismus nach den beiden Supermächten, parallel zu ihnen heute auf dem Kontinent eine reale Gefahr darstellt, daß der Friede und die Sicherheit der souveränen europäischen Völker und Staaten nicht gesichert werden können, nicht verteidigt werden können, wenn beide Supermächte und der deutsche Imperialismus - alle drei zusammen und auch einzeln - nicht bis zuletzt entlarvt und bekämpft werden.

BUNDESWEHR ÜBT AUF TERRITORIEN FREMDER LÄNDER
21.2.74

Die Bundeswehr übt ihre Rolle im Nato-Militärblock aus, und bedient sich immer häufiger der Territorien der Mitgliedsländer des Blocks, um militärische Manöver abzuhalten.

Einer offiziellen Meldung zufolge begannen auf der Insel... die Manöver der westdeutschen Streitkräfte. Im März und Mai soll die Bundeswehr in Holland und auf dem Territorium Dänemarks Manöver durchführen.

EIN NEUER SCHRITT IM RAHMEN DER SOWJETISCH-WESTDEUTSCHEN ZUSAMMENARBEIT
3.2.1973

Der westdeutsche Außenminister kündigte sowjetisch-westdeutsche Vorgespräche über den Austausch von Militärattachés zwischen beiden Ländern an.

Dies ist ein neues Zeichen für die beidseitigen Anstrengungen, eine weitere Annäherung zu erzielen.
"Der Dialog, der gegenwärtig zwischen Moskau und Bonn stattfindet, ist die Fortsetzung der grundsätzlichen Vereinbarung über diese Frage", wie man nach Minister Bahrs Besuch in Moskau im Oktober vorigen Jahres sagte.
"Dieser Dialog ist auch die vorbereitende Phase konkreter Besprechungen", wie Scheel in den letzten Tagen hervorhob.

Das alles zeigt, daß sich beide Teile sehr bemühen, neue Wege zur Zusammenarbeit zu finden. Ihr Wunsch, jetzt nach den Vereinbarungen auf anderen Gebieten, auch Militärattachés auszutauschen, ist ein Ausdruck des Verständnisses zwischen beiden Ländern, des freundlichen Klimas, das in ihren Beziehungen vorherrscht.
Nach Abkommen auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft usw, ist nun das militärische Gebiet an der Reihe. Man darf sich nicht wundern, daß die UDSSR solche Beziehungen zu westdeutschlands militärischen Kreisen herstellt. Daß die UDSSR

Sowjet-Revisionisten Beziehungen auf militärischem Gebiet mit einer der kriegslüsternen Mächte, der deutschen Bundesrepublik anknüpft, enthüllt ihre wirkliche Natur.
Moskau hatte bereits früher indirekte Verbindungen zur Bundeswehr. Die Waffenproduzenten der BRD werden seit langem mit großen Mengen Uran, Stahl und anderem strategischem Material aus der Sowjetunion beliefert.

Jetzt verbindet sich die SU direkt mit der Bundeswehr. Es werden Erfahrungen ausgetauscht, man wird von der Bundeswehr lernen, da sie gleiche imperialistische, expansionistische und annexionistische Ziele verfolgen, kommen sich die SU und die BRD immer näher, fördern ihre Zusammenarbeit und führen gemeinsame Beratungen über militärische Strategie und Taktik durch.
Was ist die BRD als militärische Macht?
Sie nimmt in der NATO die erste Stelle ein, was das Aufrüstungstempo betrifft; fast die Hälfte der Bodentruppen der NATO bestehen aus westdeutschen Divisionen; die Zahl der Bundeswehrgenerale, die Schlüsselstellungen im NATO-Block einnehmen, nimmt ständig zu: vor einigen Jahren waren es nur 7, heute sind es schon 21. Das Militärpotential der BRD wächst nicht nur im Rahmen dieses aggressiven und kriegshetzerischen Blocks. Der Rüstungsetat dieses Landes wächst rapid. Nur für die Modernisierung der Waffen und die Erweiterung der technischen Ausrüstungen der Bundeswehr sind in den Jahren 70-74 27Milliarden DM vorgesehen.

Die Regierung Brandt ist inzwischen inder ganzen Welt für die hektische Militarisierung des Landes bekannt.
Die Sowjet-Revisionisten sind daran interessiert, sich mit dieser Kraft des Kriegs und der Aggression zu verbünden.

Wie man in Bonn feststellte, erhält der Austausch der Militärattachés zwischen der BRD und der SU besondere Bedeutung, weil voraussichtlich Beobachter zu den jeweiligen Manövern entsandt werden können.

Die Sowjet-Revisionisten sind auf dem Weg des Verrats an den Völkern sehr weit gegangen und versinken immer mehr im Schlamm des Verrats und der Schande. Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, der wildesten militärischen Macht in Europa, der zweiten auf der Welt für die Aufrüstung mit ballistisch-nuklearen Waffen, mit der Macht, die die aggressiven und revanchistischen Zielsetzungen jener finsteren Kräfte weiterpflegt, die die Welt in ein schreckliches Blutbad stürzten, zeigt bestens die Stellung, die die SU einnimmt.
Die SU steht vollkommen auf der Seite der Feinde der Völker, des Friedens und der Sicherheit. Die Sowjet-Revisionisten erheben aber ein großes Geschrei gegen den deutschen Revanchismus. Mit Taten beweisen die Sowjet-Revisionisten aber nicht etwa, daß sie gegen die westdeutschen Revanchisten sind, sondern daß sie sie sogar ermutigen. Sie sind sogar daran interessiert, mit dieser neofaschistischen Macht auf militärischem Gebiet zusammenzuarbeiten.

EIN ABKOMMEN, DAS DIE SOUVERÄNITÄT DER DDR VERLETZT.

12.3.74

Die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik brachten vor einigen Tagen das Abkommen zustande über den Austausch von offiziellen Vertretern, mit dem Amtssitz in Bonn und in Ostberlin.

Nach langem Zögern und vielen Weigerungen willigten die Revisionisten der DDR ein, den westdeutschen Revanchisten weitere Konzessionen zu machen. Sie billigten die Bonner Formel über die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Man muß dabei erwähnen, daß das oben erwähnte Abkommen, das jetzt auf die Ratifizierung durch die beiden deutschen Staaten wartet, nicht zufällig gleichzeitig mit dem Besuch des Vertreters Bonns, Egon Bahr, in der Sowjetunion zustandegebracht wurde.

Wenn man auf die vergangene Praxis der sowjetisch-westdeutschen Paktierereien zurückblickt, so kann man stets feststellen, daß jedes Mal der russische Druck dazu führte, daß die DDR-Spitzen die Haltung und die Forderungen Bonns annahm.

Der Weg der Paktierereien und Kompromisse war und bleibt ein Wesen der Politik der Sowjetrevisionisten gegenüber der deutschen Frage im allgemeinen und der Westberlins im besonderen. Sooft Brandt, Scheel oder Bahr auf irgendein Hindernis bei der Verwirklichung ihrer Ostpolitik gegenüber der DDR stoßen, eilen sie nach Moskau und nach solchen Besuchen machen die Verhandlungen Fortschritte und verletzen die Interessen des deutschen Volkes.

So wurde auch jetzt dieser Weg der Konzessionen verfolgt, wobei das neueste Abkommen zwischen beiden deutschen Staaten über den Austausch ihrer offiziellen Vertreter zustandegebracht wurde. Gemäß des letzten Kompromisses wird die Bonner Delegation, die das Bundeskanzleramt und nicht das auswärtige Amt vertritt, mit dem Außenministerium Ostdeutschlands arbeiten, aber ohne von ihm akkreditiert zu sein. Und die ostdeutsche Delegation in Bonn wird das Außenministerium Ostberlins vertreten, aber bei dem Bonner Bundeskanzleramt akkreditiert sein.

Dies zeigt eindeutig, daß dabei die Forderungen Bonns erfüllt werden, um die Deutsche Demokratische Republik nicht als unabhängigen Staat anzuerkennen, um zu ihr keine regulären diplomatischen Beziehungen besonderer Art herzustellen. Der Austausch der Vertreter zwischen beiden deutschen Staaten und nicht die VOLLSTÄNDIGE ANERKENNUNG der Existenz eines unabhängigen und souveränen Staates der DDR mit Bonn entspricht aber den Plänen der westdeutschen Revanchisten zur Einverleibung Ostdeutschlands. Mit Billigung der Moskauer Regierungsvertreter hat Bonn diese Frage offengelassen, sie haben der künftigen Annexion der DDR die Bahn freigemacht, so wie sie allmählich Westberlin annektieren, das mitten in Ostdeutschland liegt und über das die DDR überhaupt kein Recht ausübt.

Dieser Teil ihres Territoriums ist ein Gegenstand des Kuhhandels zwischen den Moskauer Spitzen und den Bonner Revanchisten sowie anderer imperialistischer Mächte geworden.

Wir haben es also auch diesmal mit einer weiteren Konzession der revisionistischen Spitzen an den westdeutschen Imperialismus und zum Schaden der Lebensinteressen der Deutschen Demokratischen Republik zu tun. Es muß hervorgehoben werden, daß dieser Weg schon damals freigemacht wurde, als der berüchtigte Vertrag "Über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD" unter-

Fortsetzung auf S. 21 !

WARUM UNTERSTÜTZTEN DIE BONNER REVANCHISTEN DIE AMERIKANISCHE HALTUNG AUF DER KONFERENZ IN WASHINGTON?

23.2.74

Die Konferenz der sogenannten "Erdölverbraucherländer" die unlängst in Washington stattfand, zeigte deutlich, daß die amerikanischen Imperialisten alles dransetzten, um den Teilnehmern eine Koordinatsionsgruppe unter ihrer Leitung und Kontrolle aufzuzwingen, die ihnen das Recht gibt in aller Namen mit den Erdölproduzierenden Ländern zu verhandeln. Bei diesen Versuchen hatten die amerikanischen Imperialisten eine große Hilfe an den Vertretern der Deutschen Bundesrepublik. Diese Haltung behandelt der Artikel:

Auf der Vesammlung in Washington trat der Vertreter Bonns, Finanzminister Schmidt wie auch früher als ein guter Interpret und vorläufigerUnterstützer Washingtons auf.
Er war gegen die französische Forderung, Europa und Japan sollten ohne eine enge Zusammenarbeit mit den USA ihre Energieprobleme selbst lösen. Er warsogar bereit in dem von Kissinger vorgeschlagenen Koordinationskomitee sofort mit der Diskussion zu beginnen.

Die Bonner Revanchisten leisteten den amerikanischen Imperialisten Schützenhilfe in einem für sie schwierigen Moment, in dem die arrogante Haltung der Supermacht USA nicht nur auf den offenen Widerstand der Völker stößt, die immer entschlossener für ihre Rechte kämpfen, sondern auch auf den Widerstand ihrer Partner.

So wurde im Gegensatz zu den Wünschen Washingtons auf der Konferenz von (einem offen vom anderen versteckt)die große Beunruhigung ausgesprochen.

Frankreich z.B. verteidigte in Washington durch Außenminister Michel Jobert, seine Ansichten zu den bilateralen Verträgen mit den produzierenden Ländern.
Damit gerät Frankreich in den Widerspruch zur amerikanischen Monopolbourgeoisie, die in absoluter Selbstherrlichkeit die Industriealisierung und den Handel mit dem arabischen Erdöl monopolisiert haben will.

Durch ihre Haltung auf der Versammlung in Washington bekundeten die Vertreter des Westdeutschen Imperialismus ein weiteres mal offen ihre Feindschaft, nicht nur gegen die arabischen Länder, die sich zur Verteidigung ihrer legitimen Rechte erhoben, sondern auch ihre Herrschaftsbestrebungen nach den beiden Supermächten.

Die Versammlung in Washington zeigte abermals, daß trotz des äusseren Anscheins und der zeitwilligen (Posen) der Deutschen Sozialdemokratie, ihrer Politik das Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus zugrunde liegt. Noch mehr, sie unterstützen nicht nur eifrig die Politik Washingtons, sondern sie wollen auch Druck auf andere ausüben, damit diese nach ihrer Pfeife tanzen.

Brandt hat nicht nur einmal erklärt, Europa müsse sich aktiv mit seinem amerikanischen Partner vereinigen und es müsse seine Beziehungen zu den USA in einer organischeren Weise entfalten.

Die Geschehnisse in Washington sind demnach kein Zufall, sondern eine Fortsetzung der Unterstützung der hegemonistischen Politik der amerikanischen Regierung durch die Deutschen Sozialdemokraten, den engen (Bindungen)zu den USA (und der Tatsache), daß sie die Widersprüche zwischen den europäischen Ländern und den USA ausnützen, und ihr wirtschaftlichesund militärisches Potential verstärkend erreichen wollen, daß die Deutsche Bundesrepublik die

erste Geige in Westeuropa spielt.Dies erklärt auch die rückhaltlose Unterstützung Bonns zu dem NATO-Block,in dem die Bundeswehr die Hauptkraft darstellt.

Die Ziele der Bonner Revanchisten gehen noch weiter!Wenn sie zwischen beiden Supermächten manövrieren,versuchen sie schon jetzt privilegierte Positionen zu erhaschen,bzw.nicht nur innerhalb,sondern auch außerhalb der Neuner-Gruppe eine erstrangige Rolle zu spielen,wobei sie immer darauf aus sind, den großen Traum des deutschen Militarismus nach mehr Lebensraum zu verwirklichen.

Ihr unmittelbares Ziel ist es,daß die Deutsche Bundesrepublik in der EWG und in Westeuropa an erster Stelle steht,dabei nützen sie die Rivalitäten der anderen Länder (in ihnen) aus und sichern sich die Gunst und Unterstützung der beiden Supermächte.

Gleichzeitig wollen sie stillschweigend aber entschlossen die ökonomische,politische und ideologische Penetration in den revisionistischen Ländern Osteuropas weiter vorantreiben.

Diese Politik muß unweigerlich die anderen EWG Länder beunruhigen,die außer den zahlreichen Erpressungen und Drohungen der amerikanischen Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten,auch den zunehmenden (aggressiven)nach Herrschaft strebenden Westdeutschen Imperialismus zu spüren bekommen.

Unter diesen Bedingungen verstärken die europäischen Välker ihre Wachsamkeit,nicht nur gegen die Vorherrschaftspolitik beider Supermächte die gegenwärtig die Hauptgefahr für ihre Freiheit und Unabhängigkeit darstellen,sondern auch gegen die Gefahr des Westdeutschen Imperialismus!

DIE SOWJETISCHE-WESTDEUTSCHE PROPAGANDA ÜBER IHR REVISIONISTISCH-REVANCHISTISCHES BÜNDNIS

Der Moskau-Bonner Vertrag sanktionierte das Bündnis zwischen den wichtigsten imperialistischen Mächten des Kontinents. Seit Unterzeichnung dieses Vertrags fanden zwischen den sowjetischen Führern und den westdeutschen Revanchisten verschiedene Treffen statt, wurden Besuch auf verschiedenen Ebenen ausgetauscht, wurden hinter den Kulissen schachereien im Dienste der Festigung dieser Allianz ausgehandelt.

Die sowjetische und westdeutsche Propaganda haben dieses revisionistisch-revanchistische Bündnis zur Genüge verbreitet.Viel wurde auch über den Besuch Egon Bahrs in Moskau geredet.In einem Artikel erwähnt die Zeitung "Iswestia" die verschiedenen Etappen, die Moskau und Bonn durchmachten, um zur gegenwärtigen Ohase zu gelangen.

So kam auch der Einfluß dieser Allianz auf die anderen revisionistischen Länder zur Sprache."Das Ergebnis des sowjetisch-westdeutschen Vrtrages"m schreibt "Iswestia","war die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn", das heißt eben zu den revisionistischen Ländern Osteuropas, die nach den Befehlen Moskaus handeln. Die "Iswestia" gibt ebenfalls zu, daß von all dem zu guter letzt in erster Linie Westdeutschland selbst profitiert.Die Sowjetrevisionisten bestätigen heute das, was sie bis gestren verleugneten.Woher plötzlich dieser Eifer?

In der letzten Zeit Breschnew mehrmals von"ernstlichen" Schwierigkeiten" bei der Erfüllung des gegenwärtigen Fünf-Jahr-Plans sowie auch für die kommenden ausgesprochen. Er und seine Clique wollen nun aus den Schwierigkeiten herauskommen, indem sie die Hilfe der westlichen Verbündeten fördern. Sie brauchen jetzt also weitere Milliarden DM, so gesehen kann man verstehen, weshalb die Sowjetrevisionisten die Bonner Revanchisten an die Gewinne erinnern, die sie aus den Beziehungen zu Moskau gezogen haben. Dabei läßt Moskau gleichzeitig durchblicken, daß in diesem Fall neue Belohnungen folgen werden.

Die Sowjets nützen auch den Krisenzustand des westdeutschen Kapitals aus und seinen Bedarf nach ausländischen Investitionen, wenn sie Druck ausüben, ihnen die Zinsen herabzusetzen. Sonst, sagen sie, würden sie sich an die Bourgeoisie anderer Länder wenden. Die Sowjets wollen die westdeutschen vor die Alternative stellen: Entweder ihre Ostpolitik weiterzutreiben und dafür neue DM auszugeben oder die Ostpolitik auf halbem Wege liegen zu lassen.

Die "Iswestia" erinnert die Bonner Militaristen daran , daß das Bündnis mit Moskau ihnen ermöglicht habe, eine elastischere und effektvollere Außenpolitik zu verwiklichen, sich in die europäische Entwicklung un erer Zeit einzureihen. Die Sowjets bestätigen auf diese Weise ihre Rolle, daß Westdeutschland OHNE FRIEDENSVERTRAG in die Geschichte eingeht und als eine imperialistische GROßMACHT auf dem Kontinent anerkannt wird. So bestätigen sie, daß das Potential, das der deutsche Imperialismus im Dienst seiner Interessen auf dem Kontinent gestellt hat, durch sie "effektvoller" geworden ist.

Jetzt nehmen aber die Ambitionen Bonns zu. Auch die Sowjets sind dafür, weiter zu gehen, aber natürkich nicht gartis. Sie wollen belohnt werden. Damit wird ein weiteres Mal bewiesen, wie die Partei der Arbeits Albaniens gesagt hat, daß der Sinn des sowjetisch-w estdeutschen Vertrags nicht auf dem beruht, was heute erreicht würde sondern in seinen SPÄTEREN internationalen Folgen, in den Wegen, die er den aggressiven Plänen des sowjetrevisionistschen Imperi..ismus und dem deutschen Revanchismus eröffnet.

Im Zentrum Europas entseht eine NEUE IMPERIALISTISCHE ALLIANZ, ein neues Kräfteverhäktnis, das früher oder später beginnen wird, nach neuem Lebensraum auf Kosten der Lebensinteressen anderer Völker, des Friedens und der Sicherheit in Europa zu trachten.

Fortsetzung von Seite 17 :

zeichnet wurde. In diesem Vertrag wurden absichtlich Formularfragen zu den wichtigsten (Dingen) des deutschen Problems zugelassen. dieser Vertrag enthält Klauseln, die den Bonner Revanchisten gestatten, die Souveränität und Würde der DDR je nach ihrem Wunsch auszulegen und zu verletzen.

All das beweist abermals, daß weder das Vier-Mächte-Abkommen, noch der Grundvertrag zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik und dieses letzte Abkommen die deutsche Frage richtig lösen werden.

Die Lösung des deutschen Problems setzt den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland voraus, eines Vertrags, der den Kriegszustand beendet und die Realität der unabhängigen Existenz beider deutschen Staaten mit verschiedenen politisch-sozialen Gesellschaftsordnungen sanktioniert.

VORSPIEL ZU NEUEN EUROPAFEINDLICHEN KOMPLOTTEN
19.4.73

Bei den letzten politischen Trends in den verschiedenen Ländern Europas erweckt ein Phänomen besondere Aufmerksamkeit: die Bonner Spitzen preisen immer mehr die große ja sogar zentrale Rolle der BRD an für die " Geschicke unseres Kontinents " und für die " Umgestaltung Europas ", wie sich die westdeutschen Politiker selbst ausdrücken. In seiner Rede vom 11. April, dem 2. Tag des Kongresses der SPD, brüstete sich Westdeutschlands Bundeskanzler Brandt mit der Erklärung:
" Wir haben zur Veränderung des Antlitzes von Europa beigetragen. "
Mehrere politische Beobachter im Westen bemühen sich, diese Anmaßungen auf eine besondere " umgestaltende " Rolle der BRD in den Angelegenheiten des Kontinents als eine Frage der " inneren Propaganda " hinzustellen, die für diese oder jene Partei Wahlkapital herausschlagen solle.
Aber eine derartige Vereinfachung dieses im westdeutschen politischen Leben immer augenscheinlicher werdenden Phänomens entspricht nicht nur der Wahrheit, sondern sie verbirgt auch die Gefahr, die dieses Phänomen für Europa darstellt.

Worin diese Gefahr besteht, ist nicht schwer zu erraten. Selbst wenn man die Geschichte der vergangenen zwei Weltkriege auch nur ein wenig kennt, deren Pulverfässer in beiden Fällen der deutsche Imperialismus entzündete und wenn man die Tendenzen und Bestrebungen der gegenwärtigen westdeutschen Bourgeoisie überprüft, die unter neuen Parolen und Taktiken auf die Verwirklichung des alten Traums nach deutscher Hegemonie in unseren Kontinent hinzielt.

Die Ruhr-Monopole, die meinen, sie könnten in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht jede europäische Macht, besonders Frankreich und England herausfordern, träumen und kämpfen, damit ihre eigene Macht, selbstverständlich im Rahmender amerikanisch-sowjetischen Allianz, die Quelle ihrer vorherrschenden Rolle in Europa werde.
Die Preisung der besonderen deutschen Rolle in Europa, die die westdeutschen offiziellen Kreise und Propaganda mit jedem Tag auf eine höhere Stufe erheben, ist ein klarer und konzentrierter Ausdruck dieser expansionistischen Strategie des westdeutschen Imperialismus. Zweifelsohne ist dies ein neuer Beweis der unersättlichen Gier der Bonner Revanchisten gegenüber den europäischen Ländern. Es ist kein Zufall, daß wir hierbei eine große Ähnlichkeit mit der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges entdecken. Anfangs bemühten sich die Faschisten, die Verpflichtungen Deutschlands als besiegte Macht von sich abzuschüttteln und dann, nach einer starken Propagierung der " deutschen Rolle auf der Welt " entfesselten sie die Serie der bekannten barbarischen Aggressionen, um diese Rolle zu verwirklichen. Und nun haben wir die westdeutsche Bourgeoisie. Mit Hilfe des US-Imperialismus brachte sie ihre Wirtschaft, ihre Finanzen und ihr Heer auf die Beine, und mit Hilfe des sowjetischen Sozialimperialismus wurde sie auf politischem Gebiet hoffähig, entging durch die Geschichte, ohne den Friedensvertrag zu unterzeichnen und ohne sich als aggressive, besiegte Macht verpflichtet zu fühlen. Jetzt erhebt sie ständig Anspruch auf die Rolle, die ihr in Europa zukommen solle.

Gegenwärtig haben die Ruhr-Monopole nach bescheidenere Ansprüche als zur Zeit Hitlers, da sie sich nur mit unseren Kontinent begnügen.

Den äußerst gefährlichen Charakter der Rolle und Anmaßungen der BRD in Europa unterstreicht insbesondere die engeund stets zunehmende Zusammenarbeit Bonns mit Washington und Moskau. Es ist kein Zufall, daß gerade an der Schwelle der Nixon-Brandt- und Breschnew-Brandt - Treffen die westdeutsche Bourgeoisie ihre Rolle zur " Umgestaltung und Schaffung eines neuen Europas " zu betonen begann. Damit beabsichtigte sie, die Länder und Völker Europas daran zu erinnern und sie darauf aufmerksam zu machen, daß die westdeutschen Ansprüche den Segen und die Unterstützung beider Supermächte haben. Es ist nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß es sich hierbei um eine Drohung handelt, insbesondere für die Bonner Nachbarn, die auch von einer führenden Rolle bei den Europageschäften träumen. Gerade diesen Sinn hatten die Worte des Bonner Kanzlers auf dem Kongreß seiner Partei über die Stellung der BRD als ein Land, " das in guter Freundschaft und in fruchtbarer Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit der Sowjetunion lebt ". Wenn Brandt sich mit Nixon und Breschnew innerhalb eines Monats treffen wird, dann wird seine Sorge nicht nur die Bestätigung dieser Freundschaft sondern auch ihre weitere Verstärkung auf der Grundlage ihrer gemeinsamen imperialistischen Komplotte der Revisionisten und Revanchisten gegen die Völker Europas sein. Dies entspricht der Politik Washington und Moskaus, um Westdeutschland als eine Hauptschlagkraft und als Hauptpartner in den Plänen der amerikanisch-sowjetischen Allianz zur Unterwerfung der freiheitsliebenden Völker in und außerhalb unseres Kontinents zu haben.

Gegenwärtig brauchen die beiden Supermächte eine größere Aktivierung des westdeutschen Imperialismus. Bekanntlich dauern in Helsinki die Vorbereitungen an, die zur Abhaltung der Konferenz über die sogenannte europäische Sicherheit führen werden, was ein Komplott Moskaus und Washingtons darstellt, um den Status quo in der Aufteilung der Einflußgebiete zu wahren.

Auch ist allgemein bekannt, daß auf dem Wege der Verwirklichung dieser Art von Sicherheit entgegengesetzte Meinungen, Zweifel und Begriffe zwischen diesen oder jenen europäischen Ländern aufgetreten sind.
Deshalb sind beide Supermächte der Ansicht, daß Bonn die geeignetste Macht sei um die Steine aus dem Weg zu räumen bei der Verwirklichung des sowjetisch-amerikanischen Entwurfs, weil die BRD die wirtschaftliche und finanzielle Möglichkeit besitzt, ihren Einfluß sowohl innerhalb der EWG als auch gegenüber den revisionistischen Ländern Osteuropas auszuüben.
So werden die beiden Treffen des westdeutschen Chefs mit den Spitzen des Weißen Hauses und des Kreml zweifelsohne zu einer Verstärkung der Allianz zwischen diesen gefährlichen und aggressiven Mächten, die die Freihit und die Unabhängigkeit der Völker Europas bedrohen, führen.
Willi Brandt als Sprecher der westdeutschen Monopolbourgeoisie wird bei den Paktierereien mit den Ameriakanern und Sowjets nicht nur geben sondern auch nehmen. Was er nehmen möchte, ist nunmehr bekannt und es ist auch bewiesen, daß Washington und Moskau Bonn die Rolle des Hauptpartners auf der europäischen Schaubühne zugeteilt haben,

aber immer im Einklang mit der amerikanisch-sowjetischen Allianz.
Momentan hat die BRD noch nichts dagegen einzuwenden.
Das, was die Bourgeoisie der BRD unmittelbar zu erzielen beabsichtigt, ist die Einverleibung der DDR, eine Bestrebung, die besonders durch die verräterischen Abkommen mit Moskau aus dem Jahre 1970 und die anderen Verträge dieser Art, wie das Berliner Abkommen und der Grundvertrag zwischen beiden deutschen Staaten angespornt worden ist.
In dem kommenden Treffen mit Nixon und Breschnew wird sich Brandt bemühen, den Tag der Verwirklichung dieses imperialistischen Ziels in die Nähe zu rücken und alle Zeichen deuten darauf hin, daß auch das Weiße Haus und der Kreml dies befürworten. Dies geht klar hervor aus der Erklärung des Bonner Regierungssprechers am 5.April, daß bei beiden Gipfeltreffen Brandt die Möglichkeit gegeben werde, über den Termin zu diskutieren, wann beide Teile Deutschlands mit den zwei Großmächten als Ganzes verhandeln werden können.
Wir haben es hier also mit einer Variante der alten Parole aus der Zeit Adenauers über das "vereinte Deutschland" zu tun, was die westdeutsche Bourgeoisie mit Hilfe der "Ostpolitik" und der speziellen Beziehungen zu Washington möglichst noch rascher zur Wirklichkeit machen möchte.
Es besteht also eine enge Verbindung zwischen der Kampagne, die in der BRD von den militärischen Kreisen über die "Europarolle Bonns" betrieben wird und den Treffen,die das Haupt des westdeutschen Militarismus demnächst mit den Spitzen des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus haben wird. Es ist ein Vorspiel zu neuen europafeindlichen Komplotten, die Washington, Moskau und Bonn zimmern und weiterhin zimmern werden.
Deshalb verfolgen die Völker mit Beunruhigung und Wachsamkeit die Festigung dieser aggressiven Allianz, deren gefährliche Symtome mit jedem Tag mehr im politischen Leben Europas auftreten. Die europäischen Völker ziehen daraus auch die nötigen Lehren zur Verstärung ihres vereinigten und entschlossenen Kampfes gegen die tückischen Komplotte der Imperialisten jeder Schattierung, der amerikanischen, sowjetischen oder westdeutschen Imperialisten, ihres Kampfes zur Erlangung und Wahrung der wahren Sicherheit und des wahren Friedens auf dem Kontinent.

★

ALBANIEN HEUTE - POLITISCH - INFORMATIVE ZEITSCHRIFT. ERSCHEINT IN TIRANA, ZWEIMONATLICH, IN FRANZÖSISCHER, ENGLISCHER, DEUTSCHER, ITALIENISCHER UND SPANISCHER SPRACHE.

★

ALBANIEN HEUTE - BEHANDELT PROBLEME DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS IN ALBANIEN, SOWIE AKTUELLE INTERNATIONALE FRAGEN.

★

ALBANIEN HEUTE - HILFT IHNEN DIE ALBANISCHE REALITÄT KENNENZULERNEN UND SICH ÜBER DIE INTERNATIONALE POLITISCHE LAGE ZU INFORMIEREN.

★

LESEN SIE ALBANIEN HEUTE



ABONNIEREN SIE ALBANIEN HEUTE



ABONNEMENTS UND BESTELLUNGEN BEI DEN BUCHHANDLUNGEN UND ZEITUNGSVERTRIEBEN DER VERSCHIEDENEN LÄNDER ODER BEI D Q P. LIBRIT - TIRANA.

RADIO TIRANA

EXTRA

WARUM IST DER WESTDEUTSCHE KANZLER BRANDT ZURÜCKGETRETEN?

(KOMMENTAR VOM 14.5.74)

WARUM IST DER WESTDEUTSCHE KANZLER BRANDT ZURÜCKGETRETEN ? 11.5.74

Wie bereits berichtet, ist der westdeutsche Kanzler Brandt zurückgetreten. Offiziell wird als Grund dafür die Tätigkeit des ostdeutschen Spions Guillaume angegeben. Untersucht man jedoch die gegenwärtige Regierungskrise in Bonn tiefgehend, so zeigt sich, daß sie auf weiteren Tatsachen beruht.

: Es sind tiefe politische und wirtschaftliche Probleme, die mit der
: gegenwärtigen Innen- und Außenpolitik der Deutschen Bundesrepublik
: als auch mit der allgemeinen Krise des gesamten kapitalistischen
: Systems zusammenhängen.

Als Kanzler Brandt vor 5 Jahren an die Macht kam, nahm er mehrere Änderungen vor und steuerte in den Beziehungen Bonns zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Ländern einen "neuen" Kurs an, den man im Westen als "Realpolitik" bezeichnete. Diese "neue" Politik war von den Umständen und Erfordernissen der Zeit diktiert.

Die Öffnung Bonns zum Osten war keineswegs das Ergebnis des "Realismus" der westdeutschen Bourgeoisie und der Verzicht auf ihre alten revanchistischen Pläne ...

(Es war vielmehr das Ergebnis davon, daß in der SU die Revisionistenclique die Diktatur des Proletariats gestürzt und die Macht an sich gerissen hatte, die ehmals sozialistische SU zu einem kapitalistischen Land und zu einer imperialistischen Macht entartete, die in enger Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus heute eine konterrevolutionäre Allianz bildet.)

Die westdeutsche Bourgeoisie sah darin die beste Möglichkeit, um sich in der neuen Situation in Europa wirtschaftliche und politische Vorteile zu sichern, ihre Kapitalien in den osteuropäischen Ländern anzulegen, de jure Westberlin zu annektieren und sich allmählich auch die DDR einzuverleiben. Nichts brachte der herrschenden Klasse Westdeutschlands so große Profite wie der Schacher mit den Führern der Sowjetunion.

: Mit Hilfe der Amerikaner wurde Westdeutschland die stärkste
: Wirtschafts- und Militärmacht in Westeuropa.
: Mit Hilfe der neuen imperialistischen Allianz mit der Sowjet-
: union wird Bonn nun auch eine erstrangige politische Macht in
: Europa, was in Europa nicht zu unrecht zu den altbekannten
: Ängsten vor einer deutschen Macht geführt hat.

Damit aber ist nur die eine Seite der Medaille beschrieben.
In der imperialistischen Politik ist alles genau kalkuliert. Man erwartet bei jedem Zugeständnis eine Gegenleistung vom anderen Teil, um beim Spiel keine Unzufriedenheit aufkommen zu lassen.
Wenn die Sowjetrevisionisten Zugeständnisse an Bonn machen, dann erwarten sie selbstverständlich eine Gegenleistung, im Sinne ihrer Politik und Allianz mit Bonn. Als Vertreter einer Supermacht, die ihren Einfluß in anderen Ländern durch ihre Anwesenheit steigern will, bemühten sie sich immer wieder, die Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik auszunutzen, um den Status quo in Osteuropa aufrechtzuerhalten und die Grundlagen ihrer Herrschaft in diesen Ländern zu festigen. Sie möchten dort Schlüsselstellungen besetzen und sich wirtschaftliche, politische und militärische Privilegien sichern, wo sie noch nicht über solche verfügen.

Diese hegemonistische Politik der Sozialimperialisten in Europa muß zwangsläufig mit den Interessen der westeuropäischen und westdeutschen Bourgeoisie in Kollission geraten.

In der letzten Zeit war auch tatsächlich eine gewisse Unzufriedenheit in der Bundesrepublik festzustellen. Brandts Außenpolitik wurde mißtrauischer betrachtet. Immer lauter wurden Stimmen, die eine Überprüfung der Verbindungen zu den revisionistischen Ländern

Osteuropas forderten. Ganz besonders verlangte man Zugeständnisse dieser Länder, die jedoch den Sowjetrevisionisten nicht in den Kram paßten. Infolgedessen trat die Ostpolitik WillY Brandts auf der Stelle, geriet immer mehr in eine Krise.

Deshalb äußerten die Sowjetrevisionisten und der von ihnen beherrschte Clan ihr Bedauern über Brandts Rücktritt, denn für sie war er der richtige und "realistische" Gesprächspartner, mit dem man sich gut verstehen konnte. Als politische Jongleure beeilten sie sich jedoch dem Kanzlerkanditaten Schmidt viel Erfolg zu wünschen und ihn aufzufordern, die von seinem Vorgänger angesteuerte Politik der Zusammenarbeit mit den Sowjetrevisionisten fortzusetzen.

Wie die Nachrichtenagentur Associated Press berichtet, will Schmidt, was die Verpflichtungen Westdeutschlands aus den Verträgen mit den Ländern des sowjetischen Blocks betrifft, jedoch voraussichtlich eine scharfe Linie verfolgen.

Allerdings darf man Brandts Rücktritt auch nicht als von der amerikanischen Europapolitik unabhängig betrachten. Er hängt durchaus mit ihren hegemonistischen Zielen in diesem Kontinent bzw. den jüngsten Widersprüchen zwischen Washington und den europäischen Verbündeten zusammen. Die Vereinigten Staaten suchten in Europa stets eine starke Hand, mit deren Hilfe sie die Atlantikpolitik konsequent durchführen können.

Die Unzufriedenheit mit Brandts außenpolitischem Kurs ist freilich nur einer der Gründe für seinen Rücktritt. Nicht weniger wichtig ist in diesem Zusammenhang der Mißerfolg seiner Innenpolitik. Nach 5 Jahren Herrschaft konnte der von der einheimischen Bourgeoisie wegen seiner innenpolitischen Reformen hochgelobte Kanzler die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht überwinden. Er konnte also die großen Wahlversprechen nicht einhalten.

Zunehmende Inflation, Arbeitslosigkeit, Verteuerung der Lebenshaltungskosten und vieles andere mehr kennzeichneten die westdeutsche Wirtschaft in dem letzten Jahr. Das Deuts che Institut für Wirtschaftsforschung wies in einem Bericht daraufhin, daß sich die deutsche Wirtschaft jetzt in der Übergangsperiode von einer Verlangsamung des Produktionszuwachses zur Stagnation befinde.

Nach offiziellen Angaben wird der Bundeshaushalt ein Defizit von 7,8 Milliarden Mark aufweisen. Im Februar dieses Jahres waren die Industrieerzeugnisse um 11,7 % teurer als im Vorjahr.
DIE REALITÄT RISS DEM REFORMATOR WILLY BRANDT UND SEINER SZIAL - DEMOKRATISCHEN PARTEI DIE MASKE HERUNTER!

Das westdeutsche Proletariat und die anderen Werktätigen Westdeutschlands lehnen die von der herrschenden Sozialdemokratie verbreiteten Illussionen ab. Sie erhoben sich zu einem heftigen Streik, der als einer der stärksten Stürme der Nachkriegszeit angesehen wird.

Ein Ausdruck dafür, daß Brandt und seine Sozialdemokratie zur Zeit ihre Popularität eingebüßt haben, sind ihre jüngsten Mißerfolge bei den letzten Landtags- und Kommunalwahlen.
All das führte zu einer inneren Krise der Sozialdemokratischen Partei und der Regierungskoalition, was schließlich unweigerlich zu Brandts Rücktrittsbeschluß führte.

Die Regierungskrise in Bonn ist jedoch auch kein Einzelphänomen. Sie ist mit der gesamten Krise verbunden, die die kapitalistische Welt heute durchmacht. Noch nie war die politische Unordnung im

Westen nach der großen Depression im Zweiten Weltkrieg so tief wie heute, schreibt das Nachrichtenmagazin Newsweek.

Diese Krise im Überbau der kapitalistischen Welt ist ein direkter Ausdruck der Krise, die ihre Basis ergriffen hat, die kapitalistische Produktion und die Wirtschaft. Sie ist die Folge der Inflation, der Währungskrise, der Energiekrise, des Bankrotts kapitalistischer Firmen, der Handelskonkurrenz, der Umweltkrise, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, also der ALLGEMEINEN KRISE DES KAPITALISMUS. All dies ist ein Beweis dafür, daß das kapitalistische System zusehends verfault, daß es nicht imstande ist, die Wunden zu heilen, die es selbst in der kapitalistischen Welt verursacht, daß seine Aussichten düster sind und sein Ende unvermeidlich ist.

– HÖRT RADIO TIRANA –

– LEST „ALBANIEN HEUTE" –

ÄNDERUNGEN,DIE DEN BONNER KURS NICHT ANTASTEN!(Zeri i Popullit, 21.5. 74)

Die Zeitung Zeri i Popullit analysiert die Ursachen des Regierungsrücktritts Brandts und betont daß ihre Ursache in der allseitigen ökonomischen, politischen und sozialen Krise liegt, die [illegible] Westdeutschland in die Zange genommen hat und die ein untrennbarer Bestandteil jener Krise ist, die das gesamte kapitalistische System immer heftiger erschüttert.

So, wie es in der gewöhnlichen Praxis bürgerlicher Parteien vorkommt, versprach auch Brandt bei seinem Machtantritt die Schaffung einer gesunden Wirtschaft, Wohlstand und Klassenversöhnung. Diese Versprechungen aber verwehten bald im Winde, weil Brandt als Vertreter und Verteidiger der Monopole unabhängig von den neuen Methden und Taktiken im Grunde einen Kurs verfolgte, der den Interessen der Bourgeoisie diente.

In den 4 Jahren seiner Machtausübung wurden die Profite der Monopole erhöht und folglich auch die Steuern und Preise, die Inflation usw. Die Frankfurter Rundschau selbst schrieb kurz vor dem Rücktritt des Kanzlers, daß sich die Zahl der Arbeitslosen ständig erhöht und die Preise immer mehr in die Höhe getrieben werden. Nach offiziellen Angaben wurden in den letzten drei Monaten dieses Jahres im Januar die Preise um7,5 %, im Februar um 7, 6 % und im März um 7,2 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Zugleich wurden durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise looode Arbeiter auf die Straße gesetzt und nach Verlautbarungen aus Regierungskreisen selbst stieg der Index der Zahl der Arbeitslosen ständig.

Neben den Versuchen die Bürde der Krise den werktätigen Massen aufzulasten, erhöhten sich die Ausgaben für die weitere Militarisierung des Landes von Jahr zu Jahr.

Der Rüstungsetat im vergangenen Jahr erreichte 36 Milliarden und 600 Millionen DM. Die Deutsche Bundesrepublik hat starke LUFTSTREITKRÄFTE aufgebaut, für die 80 Milliarden DM ausgegeben worden sind. Mit diesem militärischen Potential und der erstarkten Bundeswehr ist die Bundesrepublik die zweitwichtigste Streitkraft des aggressiven Natoblocks geworden.

Neben der MILITARISIERUNG DES LANDES wurden die neofaschistischen Organisationen wiederbelebt, die sich in der Deutschen Bundesrepublik ausbreiten.

All das führte zur WEITEREN VERSCHÄRFUNG DER KLASSENWIDERSPRÜCHE innerhalb des Landes. Die wirtschaftliche und politische Lage wurde nochmehr verschlechtert, die Unzufriedenheit und die Revolte der breiten werktätigen Massen Westdeutschlands nehmen zu, wie etwa die [illegible] Drohungen von etwa 3 Millionen Metallarbeiter mit einem Streik. Die Falschheit der demagogischen Versprechungen Brandts wurden entlarvt.

Unter diesen Umständen der Verschärfung der Krise,der großen Streitigkeiten unter den bürgerlichen Parteien und der SPD Brandts selbst, mußten der herrschenden Monopolkreise Westdeutschlands manövrieren um diese im Lande entstandene Lage zu bewältigen.

Gegenwärtig suchen sie die Illusion zu verbreiten, daß nach dem Rücktritt Brandt und der Änderung der Regierung künftig alles sich zum Besten und zum Wohle des Volkes ändern wird.
Aber sowohl die Zusammensetzung der neuen Regierung als auch die Nominierung Schmidt machen klar, daß es ... im Grunde um eine Fortsetzung des alten Kurses sein wird,- entschlossen der einheimischen Monopolbourgeosie zu dienen, entschlossen den geschaffenen Umständen Rechnung zu tragen, ...

Auch in der Außenpolitik zeigte Schmidt in seiner Regierungserklärung einen Kurs auf, der in Wirklichkeit auf den alten Kurs hinausläuft.
Eine der Hauptkomponenten der Außenpolitik ist die weitere VERSTARKUNG DER ZUSAMMENARBEIT MIT DEM US'-IMPERIALISMUS UND DEM AGGRESSIVEN NATO-BLOCK, sowie die Stärkung der Rolle der Bundeswehr für diese Allianz.

Die Nato, so erklärte Schmidt, ist weiterhin unumgänglich für unsere Sicherheit. Er will weiterhin Anstrengungen unternehmen für die ZUKUNFTIGE VEREINIGUNG EUROPAS IN PARTNERSCHAFT MIT DEN USA. ...

Auf dieser Grundlage, nämlich auf der Festigung der Allianz mit der USA und der NATO wird die neue Regierung Schmidt gegenüber der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern die sogenannte Ostpolitik Brandts weiter fortführen. Die Verfolgung einer solchen Politik auf der internationalen Arena bezweckt die Verwirklichung der bekannten Ziele, daß nämlich die Deutsche Bundesrepublik mit Hilfe der Achse Washington -Bonn und der neuen Achse der Westdeutschen Imperialisten mit den Revisionisten Moskaus ihre Rolle und ihren Einfluß in Europa festigt und nach den beiden imperialistischen Supermächten die 1. Geige in Europa spielt.

Die neusten Änderungen in der Bonner Führung, die Versprechungen über die Regelung der Wirtschaft und die Erklärungen über "Frieden und Sicherheit"auf der Welt können vor den breiten Volksmassen der Deutschen Bundesrepublik und vor der internationalen Öffentlichkeit die wirklichen volksfeindlichen und aggressiven Absichten nicht verdecken, die ihren Ausdruck im neuen Regierungsprogramm Schmidt's fanden.Die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen der Deutschen Bundesrepublik erkennen, welche schweren und gefährlichen Folgen eine Fortsetzung einer solchen Politik mit sich bringt. Deshalb lassen sie sich nicht beschwichtigen, sondern sie werden ihren Kampf für die ökonomischen und politischen Rechte, gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Militarismus und Revanchismus, die dem deutschen Volk und den anderen Ländern Europas soviel Leid gebracht haben , weiter fortsetzen.

Die Verstärkung der Streikbewegung und die Demonstrationen der fortschrittlichen Kräfte des Landes beweisen das.

EIN SCHMUTZIGES GESCHÄFT

Von Kommentator der „Renmin Ribao"

(22. Dezember 1969)

Am 8. Dezember trat der sowjetische Außenminister Gromyko persönlich hervor, um die Gespräche über den sogenannten „gegenseitigen Gewaltverzicht" mit dem Botschafter der westdeutschen Regierung Brandt in der Sowjetunion zu beginnen. Das ist ein neuer Schritt der sowjetrevisionistischen Führungsclique zur intensivierten Kollaboration mit dem westdeutschen Militarismus und zur weiteren Verschacherung der Souveränität und der Interessen des deutschen Volkes. Das gehört ebenfalls zu ihren verbrecherischen Plänen, wobei sie zur Abgrenzung von Einflußsphären in Europa mit dem USA-Imperialismus kollaboriert und rivalisiert.

Der Kuhhandel zwischen dem Sowjetrevisionismus und Westdeutschland in der Frage über den sogenannten „gegenseitigen Gewaltverzicht" ist von langer Hand vorbereitet. Vom Jahre 1966 an wurden von den beiden Seiten wiederholt Erklärungen abgegeben und Noten ausgetauscht, in denen um den Preis gefeilscht wurde. Aber Verhandlungen konnten nach wie vor nicht aufgenommen werden. Nun hat die sowjetrevisionistische Führungsclique auf die von ihr früher gestellte Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen, nämlich auf die vorherige Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als einen souveränen Staat durch Westdeutschland verzichtet, weil sie es eilig hat, mit diesem zu kollaborieren. Westliche Nachrichtenagenturen triumphierten: Das zeigt, daß die „Sowjetunion ihre seit 20 Jahren verfolgte Politik aufgegeben hat". Dieses Vorgehen der sowjetrevisionistischen Führungsclique ließ wieder einmal ihren offenen Verrat an den Interessen des deutschen Volkes klar erkennen.

Jeder weiß, daß zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion die Deutsche Demokratische Republik und Polen liegen. Wollte Westdeutschland auf Gewaltanwendung der Sowjetunion gegenüber verzichten, so soll es vor allem auf Gewaltanwendung gegen die DDR verzichten. Statt zuerst mit der DDR über diese Frage zu verhandeln, ist nun Westdeutschland mit der sowjetrevisionistischen Führungsclique in Verhandlungen getreten. Unter offener Mißachtung der Souveränität der DDR spielt sich die Regierung Brandt als "Vertreter ganz Deutschlands" auf und versucht, unter Übergehen der DDR diese betreffende Abkommen zu unterzeichnen. Selbst unter diesen Umständen hat die sowjetrevisionistische Führungsclique den Vorschlag Westdeutschlands angenommen. Welche Stellung hat denn diese Clique der DDR zugedacht? Beweist sie dadurch, daß sie unberechtigter Weise Entscheidungen für andere trifft, nicht überzeugend genug, daß sie sich als oberster Gebieter aufspielt und unverfroren die Souveränität ihres „verbündeten Staates" dazu benutzt, sie bei ihrem politischen Geschäft in die Waagschale zu werfen? Das ist ein weiterer markanter Ausdruck der von den sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten verbreiteten notorischen „Theorie von der begrenzten Souveränität".

Um die Verhandlungen mit Westdeutschland schnellstens aufnehmen zu können, paßt sich die sowjetrevisionistische Führungsclique darüber hinaus den Forderungen Westdeutschlands und des Westens in der Westberlin-Frage an. So hat sie die Interessen des deutschen Volkes weiter verschachert. Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR und gehört mit Recht zu ihr. Westberlin gehörte niemals zu Westdeutschland und wurde niemals von ihm verwaltet. Die sowjetrevisionistische Führungsclique geht jedoch in der Westberlin-Frage Konzession auf Konzession ein. Zunächst hat sie behauptet, Westberlin solle, gesetzt, daß der Besatzungsstatus in Westberlin aufgehoben wird und die DDR die volle Souveränität über die Verbindungswege von und nach Westberlin zurückerlangt, eine „entmilitarisierte Freistadt" werden. Dann hat diese Clique diesen Standpunkt geändert und diese Bedingungen aufgegeben. Es war nur noch die Rede von einer „selbständigen politischen Einheit". Gegenwärtig spricht man nur verschwommen von einer „Sonderstellung Westberlins". Die sowjetrevisionistische Führungsclique deutete sogar an, man könne die Zugehörigkeit Westberlins zu Westdeutschland stillschweigend anerkennen. Ein Anfang in dieser Richtung wurde bereits im März dieses Jahres gemacht, als die Sowjetrevisionisten ganz offen zuließen, daß die Präsidentenwahl durch den westdeutschen Bundestag in Westberlin stattfand.

Angesichts dieser schamlosen Verräterei der Sowjetrevisionisten ist es an der Zeit, daß jene erwachen, die mit ihnen ihre Truppen in der Tschechoslowakei eingesetzt haben und im Schlepptau des Sowjetrevisionismus China verleumden, daß es mit dem westdeutschen Militarismus „kollaboriere".

Die sowjetrevisionistische Führungsclique ging mit ihrer Verräterei nach der Kanzlerwahl in Westdeutschland im September dieses Jahres noch viel weiter. Sobald die SPD-Regierung Brandt ans Ruder kam, überschüttete die sowjetrevisionistische Führungsclique sie mit Lob. Da hieß es: Die Politik der Regierung Brandt „steuert auf eine Wende zum Realismus zu" und „enthält positive Faktoren". Wie sieht es aber de facto aus? Die „neue Ostpolitik" Brandts unterscheidet sich dem Wesen nach nicht von der seiner Vorgänger. Er operiert nur schlauer und hinterhältiger. Brandt sprach in seiner „Regierungserklärung" wohl viel von „Verständigung mit dem Osten" und von „Hinausführung über die Vergangenheit", während er jedoch unverblümt ein lautes Geschrei darüber erhob, daß „eine völkerrechtliche Anerkennung der ,DDR' durch die Bundesregierung nicht in Betracht kommen kann" und daß das „Recht auf Selbstbestimmung", das die „Deutschen" haben sollten, auf keinen Fall aufgegeben werde. In ungeschminkten Worten heißt das: Man will wie immer an der militaristischen Politik festhalten und darauf bestehen, die DDR zu annektieren und in verstärktem Maße in die osteuropäischen Länder zu infiltrieren und dort Expansion zu treiben. Daß die sowjetrevisionistische Führungsclique die Regierung Brandt herausputzt, ist nichts anders als ein Versuch, ihre verbrecherischen Aktivitäten zu verstärkter Kollaboration mit dem westdeutschen Militarismus und zu weiterem Verrat an den Interessen des deutschen Volkes zu verschleiern.

Gegenwärtig geht es für den Sowjetrevisionismus darum: einerseits sucht er, durch intensivierte Gewinnung Westdeutschlands dem USA-Imperialismus die Hegemonie in Europa abzuringen, andererseits mit westlichen Ländern Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung des Status quo in Europa zu treffen, damit seine Einflußsphären in Osteuropa gesichert und seine Kontrolle und Versklavung der osteuropäischen Länder verstärkt werden können. Der USA-Imperialismus nimmt diese Gelegenheit wahr, um Druck auf den Sowjetrevisionismus zu üben und so weitere Zugeständnisse von ihm in der Deutschland- und Westberlin-Frage zu erzwingen, die es dem USA-Imperialismus und dem westdeutschen Militarismus leichter machen, in verstärktem Maße in osteuropäische Länder einzusickern und dort ihre Aggressionskräfte zu erweitern. Um die Europa-Frage herum geht ein heftiger Kampf zwischen dem Sowjetrevisionismus und dem USA-Imperialismus vor sich.

Der Imperialismus und Sozialimperialismus verlassen sich bei Aggression und Expansion stets auf Gewalt. Sie werden niemals auf Anwendung von Gewalt „verzichten". Sowohl der USA-Imperialismus als auch der Sowjetrevisionismus beschäftigen sich alle mit Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie haben in vielen europäischen Ländern eine große Menge bewaffneter Truppen stehen. Der Sowjetrevisionismus hat seine Truppen zur Besetzung der Tschechoslowakei eingesetzt und andere osteuropäische Länder seiner militärischen Kontrolle und Bedrohung unterworfen. Ist das etwa nicht Gewaltanwendung und Androhung von Gewalt?! Die westliche Presse ließ kürzlich durchsickern, daß auf der Tagung der Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten der NATO, die unter der Kontrolle des USA-Imperialismus steht, geheime Dokumente angenommen worden sind, in denen es heißt: Sollte ein Krieg ausbrechen, werden taktische nukleare Waffen eingesetzt werden, um zuerst militärische Ziele auf dem Territorium Polens, der Tschechoslowakei und der DDR anzugreifen. Heißt das etwa auch nicht Gewaltanwendung und Androhung von Gewalt?! Weder der Sowjetrevisionismus noch der USA-Imperialismus können Europa „Sicherheit" bringen. Sie spielen sich gegenseitig in die Hand, aber bekämpfen einander auch, was unter den Völkern verschiedener Länder in Europa nur äußerstes Unheil anrichtet. Um ihre eigenen Ziele zu erreichen, ließen sie sich des langen und breiten über „Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa" aus. Das alles ist durch und durch ein Betrug.

Unser großer Führer Vorsitzender Mao hat auf folgendes hingewiesen: **„Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie nicht unbestraft entkommen lassen werden. Die Völker aller Länder erheben sich. Eine neue Geschichtsperiode des Kampfes gegen den USA-Imperialismus und gegen den Sowjetrevisionismus hat bereits begonnen."**

Das chinesische Volk unterstützt entschlossen das deutsche Volk in seinem Kampf gegen den westdeutschen Militarismus, unterstützt entschlossen die Völker aller osteuropäischen Länder in ihrem Kampf gegen den sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, unterstützt entschlossen die Völker aller europäischen Länder in ihrem Kampf gegen den USA-Imperialismus und Sowjetrevisionismus. Deutschland gehört dem deutschen Volk. Europa gehört den europäischen Völkern. Heute bestimmen nicht der USA-Imperialismus, der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus und der westdeutsche Militarismus das Schicksal Europas, sondern das Proletariat und die breiten revolutionären Volksmassen in Europa. Der Sowjetrevisionismus und USA-Imperialismus versuchen vergeblich, Europa unter sich aufzuteilen und Einflußsphären abzugrenzen. Dieser ruchlosen Intrige, bei der sie sich gegenseitig in die Hand spielen, aber auch Rivalen sind, ist zweifellos eine schmähliche Niederlage beschieden.

DIE SOWJETISCHE REGIERUNG INTENSIVIERT ZUSAMMENARBEIT MIT DEM WESTDEUTSCHEN MILITARISMUS

Die sowjetische Regierung beschleunigt das Tempo ihrer Kollaboration mit dem westdeutschen Militarismus und verkauft ohne Zögern immer fieberhafter die Interessen des deutschen Volkes und anderer europäischer Völker.

Um im Inland aus der politisch und wirtschaftlich schlimmen Lage herauszukommen und die breiten werktätigen Volksmassen zu täuschen, ließen die westdeutschen Monopolkapitalisten Ende Oktober die Farce eines Pferdewechsels steigen. Das heißt Ablösen der Regierung Kiesinger, der von der CDU ist, durch die Regierung Brandt, der zur SPD gehört, die ebenfalls die Interessen der westdeutschen Monopolkapitalisten vertritt. Durch Abgabe einer „Regierungserklärung" nach Amtsantritt und die kürzlich unternommene Aktion hat die Regierung Brandt bewiesen, daß die Politik, die sie treibt, genau so durch und durch militaristisch und revanchistisch ist. Es ist lediglich die von ihr benützte konterrevolutionäre Doppeltaktik noch listiger und heimtückischer.

Jedoch die sowjetische Regierung hat sich alle Mühe gegeben, die neu an die Macht gekommene Regierung Brandt zu beschönigen, zu preisen und ihr zu schmeicheln und sich mit ihr aufs engste zu verbrüdern. Schon Anfang Oktober, als die Wahl des westdeutschen Bundestags zu Ende war und die SPD Brandts und FDP zur Bildung eines Koalitionskabinetts ein Abkommen getroffen hatten, waren die sowjetischen Anführer der Meinung, daß das Ergebnis der westdeutschen Wahl „eindeutig ein Erfolg der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sei". Und sie begrüßten eine „Wende zum Realismus" in der Politik Westdeutschlands und äußerten, daß die Sowjetunion „bereit sei darauf entsprechend zu reagieren". Als Brandt zum Bundeskanzler gewählt wurde, schickten sowjetische führende Personen sofort ein Glückwunschtelegramm an Brandt. In den sowjetischen Zeitungen veröffentlichte man das Bild von Brandt, außerdem eine Kurzbiographie von ihm und noch entsprechende Nachrichten und Kommentare. Die DPA sagte, daß „solche Behandlung eines neuen westlichen Regierungschefs in der sowjetischen Zeitung seltsam sei". Die „Prawda" machte Propaganda, der Amtsantritt Brandts ziehe „eine Trennungslinie durch das westdeutsche politische Leben". Der Direktor der TASS behauptete, daß in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland „eine neue Etappe begonnen habe".

Ferner hat die sowjetische Regierung der wahnsinnigen revanchistischen Aktion der Regierung Brandt gegenüber, die vergeblich versucht, die Deutsche Demokratische Republik und Westberlin zu annektieren, unverhohlen einen durch und durch verräterischen Standpunkt eingenommen. Brandt hat in seiner „Regierungserklärung" widrig geschrien, daß für seine Regierung „eine völkerrechtliche Anerkennung der ‚DDR' nicht in Betracht kommen kann", und behauptet, man müsse „ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern". Er erklärte noch: „Der Status der Stadt (West)-berlin muß unangetastet bleiben". Die sowjetische Regierung, die sich stets als „Verteidiger" verschiedener Länder in Osteuropa aufspielt, hat über dieses ganze wilde Lärmen des westdeutschen Militarismus kein Wort verloren. Im Gegenteil, sie hat die von der neuen westdeutschen Regierung verfolgte Politik wiederholt ekelerregend als „positiv" und „realistisch" und die „Regierungserklärung" von Brandt als eine „friedliebende Deklaration" und so weiter gepriesen. Nachdem Brandt an die Macht gekommen war, machten er und andere Bonzen Westdeutschlands rücksichtslos nacheinander Besuche in Westberlin, um zu provozieren. Aber das hat die sowjetische Regierung verschwiegen.

Es ist allbekannt, daß Westberlin auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt und niemals zu Westdeutschland gehört. Aber der USA-Imperialismus kontrolliert Westberlin immer mehr und benutzt es als einen wichtigen Stützpunkt, von wo aus er Subversion und Invasion in die osteuropäischen Länder unternimmt. Vom USA-Imperialismus unterstützt, hat der westdeutsche Militarismus die Annektierung Westberlins immer als einen Teil seines Expansionsplans betrachtet. Schon seit langem macht die sowjetische Regierung dem USA-Imperialismus und westdeutschen Militarismus, was den Status Westberlins betrifft, eine Konzession nach der anderen und versucht, bei ihrem schmutzigen politischen Kuhhandel mit dem USA-Imperialismus und westdeutschen Militarismus Westberlin in die Waagschale zu werfen. Im Jahre 1958 schlug sie vor, unter der Bedingung, daß der Besatzungsstatus in Westberlin aufgehoben werde und die DDR wieder volle Souveränität über die Verbindungswege von und nach Westberlin erhalte, Westberlin zu einer „entmilitarisierten Freistadt" zu machen. Im Jahre 1962 gab sie ihre in der Vergangenheit gestellten Bedingungen auf und erklärte bloß, daß Westberlin eine „selbständige politische Einheit" sei. Vor kurzem machte die sowjetische Regierung in einer Note an die Vereinigten Staaten, England und Frankreich wieder ein Zugeständnis und erklärte in doppelsinnigen Worten, Westberlin sei eine „besondere politische Einheit". Die sowjetische Regierung macht nun auch über die Verbindungswege von und nach Westberlin mit dem Westen ein Geschäft. Auf der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR erklärte der sowjetische Außenminister Gromyko im Juli dieses Jahres, die Sowjetunion sei bereit, mit dem Westen über die „zukünftige Verhütung von Komplikationen hinsichtlich Berlins" zu diskutieren. Danach tauschte die sowjetische Regierung mit den Vereinigten Staaten, England und Frankreich immer wieder dieses Geschäft betreffende Noten aus. Durch all das wird klar bewiesen, daß die sowjetische Regierung gegenüber den aggressiven Ambitionen, mit denen der westdeutsche Militarismus die DDR, und zwar zuerst Westberlin, zu annektieren versucht, in Wirklichkeit eine Haltung der stillschweigenden Einwilligung und Duldung einnimmt. Das ist offener Verrat an den Interessen des deutschen Volkes.

Vor kurzem hat die sowjetische Regierung in Moskau mit Westdeutschland Verhandlungen über die sogenannte Frage eines „gegenseitigen Gewaltverzichts" aufgenommen. Dabei hat jede Seite ihre eigenen Hintergedanken. Westdeutschland verhandelt nicht mit der Deutschen Demokratischen Republik, die mit ihm eine gemeinsame Grenze hat, über einen „gegenseitigen Gewaltverzicht", sondern mit der Sowjetunion und einigen anderen osteuropäischen Ländern, die nicht direkt an Westdeutschland grenzen. Es verfolgt dabei das Ziel, unter dem Aushängeschild eines „gegenseitigen Gewaltverzichts" und durch zweiseitige Gespräche mit der Sowjetunion und einigen anderen Ländern in Osteuropa, die Deutsche Demokratische Republik schrittweise zu annektieren und in die osteuropäischen Länder zu infiltrieren. Westdeutschlands Pläne sind von der britischen Zeitung „The Guardian" kürzlich in einem Bericht mit aller Deutlichkeit dargestellt worden. Es heißt dort: „Was Bonn betrifft, beabsichtigt es in Wirklichkeit durch Verhandlungen mit Moskau, sich einen Weg zu friedlicher Lösung der Europa-Frage, einschließlich der der Wiedervereinigung Deutschlands, zu bahnen." Daher ist der sogenannte „gegenseitige Gewaltverzicht" ein wichtiges Mittel des westdeutschen Militarismus, seine revanchistische Politik zu verfolgen. Die sowjetische Regierung zeigte erstaunliche Aktivität und Initiative, diese Verhandlungen mit Westdeutschland aufzunehmen. Sie verzichtete auf die Vorbedingung, daß Westdeutschland zuerst die DDR anerkennen müsse, ehe man über „offizielle Verhandlungen" mit Westdeutschland reden könne, und ging von ihren Gepflogenheiten völlig ab, als sie ihren Außenminister Gromyko anwies, mit dem westdeutschen Botschafter in der Sowjetunion zu verhandeln. Über diese verräterische Handlungsweise der sowjetischen Regierung waren sogar die westdeutschen Beamten „erstaunt". Eine amerikanische bürgerliche Nachrichtenagentur stellte mit Befriedigung fest: Das bedeutet, daß die Sowjetunion ihre „in den vergangenen 20 Jahren verfolgte Politik" aufgegeben hat. Auch eine britische bürgerliche Zeitung nannte es frohlockend „einen Erfolg der Ostpolitik des Herrn Willy Brandt".

Seit dem Amtsantritt der Regierung Brandt hat die Sowjetunion auch ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Westdeutschland intensiviert. Kürzlich haben beide Seiten ein Abkommen unterzeichnet, nach dem die Sowjetunion Westdeutschland jährlich 3 Milliarden Kubikmeter Erdgas liefern wird. Wie berichtet wurde, werden diese sowjetischen Lieferungen mindestens 20 Jahre fortgesetzt werden. Die amerikanische Zeitung „International Herald Tribune" schrieb, daß diese Transaktion eine sowjetische „Unterstützung" der von Brandt verfolgten Politik sei. Außerdem gab die Sowjetunion bei einer westdeutschen Exportgesellschaft 1,2 Millionen Tonnen Stahlrohre in Auftrag. „Diese Geschäfte", berichtete Associated Press, „gehören zu den größten, die die Sowjetunion in den letzten Jahren mit westlichen Ländern abgeschlossen hat, und kennzeichnen einen neuen Höhepunkt in den wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion und Westdeutschlands". Laut einem DPA-Bericht traf ein westdeutsches Bankenkonsortium vor kurzem mit der sowjetischen Außenhandelsbank ein Abkommen, der Sowjetunion einen Kredit von mehr als einer Milliarde DM zu gewähren. Mit diesem Kredit wird die Sowjetunion von Westdeutschland die obenerwähnten Stahlrohre kaufen und damit eine Erdgasleitung von Sibirien nach Westeuropa legen. Dabei ist beachtenswert, daß diese Erdgasleitung die DDR umgehen und durch die Tschechoslowakei nach Westdeutschland führen wird.

Die Intensivierung der Kollaboration mit Westdeutschland durch die sowjetische Regierung widerspiegelt auch ihre Rivalität mit dem USA-Imperialismus um Einflußsphären in Europa. Seit langem betrachtet die Sowjetunion Osteuropa als ihr zugehörende Einflußsphäre, während der USA-Imperialismus sein möglichstes tut, in diese Gebiete vorzudringen. Westdeutschland ist ein wichtiger Partner des USA-Imperialismus bei dessen Streben, nach Osteuropa zu infiltrieren. Um ihre Position in Osteuropa zu „behaupten" und ihre Front im Westen zu stabilisieren, versucht die Sowjetunion, durch Verkauf der Interessen des Volks der DDR Westdeutschland zu beschwichtigen und es auf ihre Seite zu bringen, die Beziehungen zwischen Westdeutschland und dem USA-Imperialismus zu stören, den NATO-Block zu zersplittern und den Einfluß des USA-Imperialismus in Europa zu schwächen. Aber schon der große Lenin wies darauf hin, daß „... **der Imperialismus mit jedem Tag frecher wird, daß hier Bestien, Raubtiere, hervortreten, ... Sie rauben die Welt aus, prügeln sich und rüsten gegeneinander. Das kann nicht lange verborgen bleiben".** Den Völkern in Europa und auf der übrigen Welt wird der Streit zwischen den Sozialimperialisten und USA-Imperialisten helfen, ihre abscheuliche Fratze noch klarer zu erkennen.

(Hsinhua-Nachrichtenagentur, 21. Dezember 1969)

Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie nicht unbestraft entkommen lassen werden. Die Völker aller Länder erheben sich. Eine neue Geschichtsperiode des Kampfes gegen den USA-Imperialismus und gegen den Sowjetrevisionismus hat bereits begonnen.

Mao Tsetung

EIN SCHMUTZIGES GESCHÄFT

Von Kommentator der „Renmin Ribao"

DIE SOWJETISCHE REGIERUNG INTENSIVIERT ZUSAMMENARBEIT MIT DEM WESTDEUTSCHEN MILITARISMUS

Zwei Kommentare der KP Chinas zur Deutschlandfrage

(Dezember 1969)

30 Seiten .... S 3,- (plus Porto)

(Bestellungen an Verlag ROTE FAHNE)

Hört die revolutionären Sender!

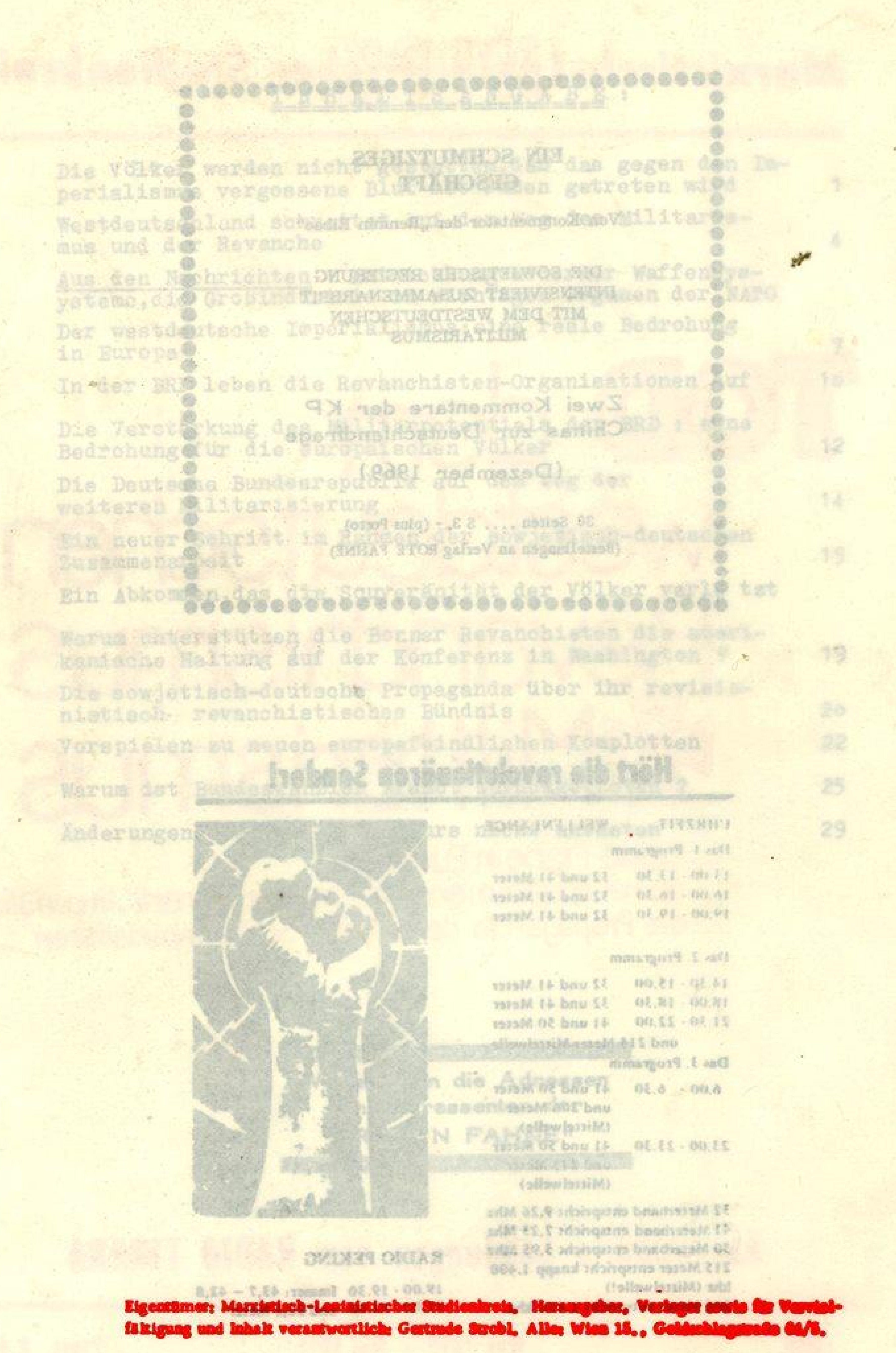
UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 — 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter



Eigentümer: Marxistisch-Leninistischer Studienkreis, Herausgeber, Verleger sowie für Vervielfältigung und Inhalt verantwortlich: Gertrude Strobl. Alle: Wien 15., Goldschlagstraße 64/8.